

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square.

SPD



BERLINprogramm

2011–2016

Gute Arbeit
Wachsende Wirtschaft
Gute Bildung
Sozialer Zusammenhalt

TEXTFASSUNG



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

unser **BERLINprogramm** für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 ist die Grundlage für die Zukunft Berlins.

In Foren der Berliner SPD, Gesprächen mit Experten, im Austausch mit Berlinerinnen und Berlinern haben wir das **BERLINprogramm** gemeinsam erarbeitet und klare Schwerpunkte gesetzt:

gute Arbeit, wachsende Wirtschaft, gute Bildung und sozialer Zusammenhalt.

Hier finden Sie die wichtigsten Ziele unserer Politik für die nächsten fünf Jahre.

Wir wollen mehr Chancen für alle Berlinerinnen und Berliner schaffen und ganz Berlin weiter voranbringen.

Herzlichst

A handwritten signature in black ink, which reads "Klaus Wowereit". The signature is written in a cursive, flowing style.

Ihr Klaus Wowereit

Inhalt

Seite 5 1. Wir in Berlin.

Einleitung. Die Berliner SPD – Unser Selbstverständnis, unsere Ziele und Visionen für Berlin. Arbeit für alle und Zusammenhalt sichern!

Seite 8 2. Wo wir stehen.

Zehn Jahre Verantwortung für Berlin – was haben wir erreicht? Berlinerinnen und Berliner gemeinsam mit der SPD und Klaus Wowereit auf Erfolgskurs. Eine Bilanz unseres politischen Wirkens.

Seite 17 3. Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.

Erster Schwerpunkt 2011 – 2016: Wirtschaftliches Wachstum für gute Arbeitsplätze. Unsere Kompetenzfeld- und Außenwirtschaftsstrategie - für eine starke Berliner Wirtschaft! Offensive am Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Seite 34 4. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.

Zweiter Schwerpunkt 2011 – 2016: Eine solidarische Gemeinschaft der Berliner Bürgerinnen und Bürger. Stadt der Bildungschancen. Gesellschaftliche Teilhabe, Anerkennung und verantwortungsvolle Daseinsvorsorge.

Seite 52 5. Wählen gehen!

Berlin auf den richtigen Weg führen. Gemeinsam mit der SPD für ein neues Miteinander!

1. Wir in Berlin.

Berlin im Jahr 2011 ist eine aufstrebende Metropole mit internationalem Flair, wirtschaftlichem Erfolg, wissenschaftlicher Exzellenz, mit einer lebendigen Kultur und einzigartigen Offenheit für die individuellen Lebensentwürfe von Millionen Menschen.

Zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer, zehn Jahre nach dem ungeheuerlichen Bankenskandal trägt der Mentalitätswechsel Früchte, den der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und die Berliner SPD eingeleitet haben.

Wir haben das Miteinander gestärkt und überall dort, wo dies nötig war, zur Versöhnung beigetragen, um den Riss zwischen Ost und West zu kitten. So ist zusammengewachsen, was zusammengehört.

Berlin, das sind alle zwölf Bezirke – und nicht mehr zwei ehemals geteilte Hälften. Dafür steht Klaus Wowereit wie kein anderer.

Nun gilt es, auch die soziale Spaltung zu überwinden. Unser Ziel ist es, die produktive Kraft der Stadt weiter zu entfalten.

100.000 neue Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren entstanden – auf diesem Weg werden wir in den kommenden fünf Jahren weitergehen und den wirtschaftlichen Erfolgsweg Berlins kraftvoll fortsetzen.

Vielen Berlinerinnen und Berlinern hat die neue wirtschaftliche Blüte ein gutes Leben ermöglicht. Die Zahl der Arbeitslosen ist gesunken.

Aber noch immer finden zu viele Menschen keinen Job. Andere verdienen so wenig, dass sie gezwungen sind, mehrere Stellen anzunehmen. Oder sie haben trotz Vollzeitarbeit ein zu niedriges Einkommen, um sich und ihre Familien ohne staatliche Hilfe durchzubringen. Damit finden wir uns nicht ab.

Teilhabe für alle

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle am Aufschwung teilhaben. Dafür wollen wir eng mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten. Die SPD ist vor Ort präsent und ansprechbar für die Nöte und Anregungen aller.

Wir laden ein zur Partizipation, zur Mitwirkung, denn wir arbeiten bürgernah daran, die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik zu überwinden, gerade auch auf der lokalen Ebene, in den Kiezen und in den Bezirken.

Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, unabhängig von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder Lebensweise.

Gerechtigkeit bedarf der Freiheit und Freiheit der Gleichheit der Lebensverhältnisse in der ganzen Stadt.

Diese Grundwerte sind Grundlage unserer Politik und unserer Entscheidungen. So sorgen wir dafür, dass die Stadt lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

Dabei bauen wir auf die Solidarität der Berlinerinnen und Berliner untereinander. Denn Berlin ist keine Stadt der sozialen Kälte und Ausgrenzung. Vielmehr zeichnen Würde, Respekt, Toleranz und gegenseitige Akzeptanz die Kultur der Anerkennung in Berlin aus.

**Aufstrebende Metropole
mit internationalem Flair**

**Wir entfalten die produktive Kraft
der Stadt**

**Unsere Grundwerte: Freiheit,
Gerechtigkeit und Solidarität**

**Gebührenfreie Bildung
ist Herzensangelegenheit**

Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern

Für ein gutes Miteinander suchen wir das Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, für die gute und gebührenfreie Bildung für unsere Kinder eine Herzensangelegenheit ist.

Wir tun uns zusammen mit denjenigen, die sozialen Aufstieg mit Tatkraft und Leistung schaffen wollen.

Wir bauen auf alle, die sich für eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Stadt einsetzen. Wir sind an der Seite der Unternehmerinnen und Unternehmer, die Berlin voranbringen wollen.

Wir arbeiten konstruktiv und vertrauensvoll mit den gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern zusammen.

Klaus Wowereit und die Berliner SPD sind Partner all derjenigen, die das friedliche Miteinander wollen. Egal, ob sie jung oder alt sind. Ob sie als Singles, in Familien oder anderen Lebensentwürfen in der Stadt wohnen. Gleichgültig, ob sie *Urberliner* oder *Zugezogene* sind.

Die SPD will ein Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, die nicht nur an ihren Teil der Stadt denken, sondern die das ganze Berlin voranbringen wollen. Dabei gestaltet die SPD die Politik vor Ort in den Bezirken und behält die Perspektive auf das Land Berlin bei.

Das wollen wir für Berlin.

**Zwei Schwerpunkte:
„Arbeit für alle“ und
„Zusammenhalt sichern“**

Grundlage dieses Zukunftsbündnisses ist unser BERLINprogramm, das für die Regierungsarbeit der nächsten fünf Jahre Schwerpunkte bei *Arbeit für alle* und *Zusammenhalt sichern* setzt.

Gute Bildung von Kindesbeinen an sowie die Förderung der Integration sind die Schlüssel für den Zusammenhalt in der Stadt. Denn nur so werden Chancengleichheit und Teilhabe für alle Berlinerinnen und Berliner erlebbar!

Die SPD will gute Arbeit für alle. Wir setzen uns ein für faire Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen, für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und einen gesetzlichen Mindestlohn. Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir sichere Arbeitsplätze schaffen und Brücken zum ersten Arbeitsmarkt bauen.

Für uns ist Arbeit mehr als ein Mittel zum Broterwerb. Über die Erwerbsarbeit vermittelt sich gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit schafft die Grundlage für eigene Lebensentwürfe.

Wir werden Betriebe und Unternehmen unterstützen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

**Hauptstadt einer nachhaltig
wachsenden Wirtschaft und
Ressourcen sparender
Zukunftsindustrien**

Damit *Arbeit für alle* auch in einer sich ständig verändernden Wirtschaftswelt möglich wird, wollen wir Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen sparender Zukunftsindustrien machen.

Das gelingt auch mit einer hervorragenden Infrastruktur, die wir weiter ausbauen werden. Wir sorgen für eine Infrastruktur, die allen zugänglich ist, die Nahversorgung und Anbindung an das öffentliche Verkehrssystem sicherstellt.

Berlin baut auf Ressourceneffizienz, regenerative Energien, einen ökologischen Verkehrsmix und Klimabewusstsein. Berlin wird so zu einer Stadt der nachhaltigen, zukunftsfähigen und innovativen Arbeitsplätze in der Industrie und bei den Dienstleistungen.

Berlin ist und bleibt eine Stadt mit vielen Zentren: Die Innenstadt ist mit Regierungsviertel, kreativen Milieus und Kultur das Zentrum urbanen Lebens für Jung und Alt, die Außenbezirke haben ihren eigenen Reiz mit etwas mehr Beschaulichkeit und viel städtischem Grün.

Kein Quartier wird abgehängt – auch das gehört für uns zum Zusammenhalt in der Metropole.

Wir lassen nicht zu, dass erfolgreiche und sozial belastete Quartiere weiter auseinanderdriften.

Klaus Wowereit und die Berliner SPD stellen sich dieser großen Aufgabe. Wir stehen für ein gutes, solidarisches Miteinander in Berlin. Mit Arbeit und Zusammenhalt.

—
**Zusammenhalt in der Metropole –
kein Quartier wird abgehängt**

2. Wo wir stehen.

Wild und schön: Berlin wächst wieder

**Klaus Wowereit ist der richtige
Regierende Bürgermeister für Berlin**

Die SPD führt seit zehn Jahren den Berliner Senat. Klaus Wowereit war und ist der richtige Regierende Bürgermeister für Berlin. Die SPD und Klaus Wowereit haben Berlin gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einer weltoffenen, starken und wirtschaftlich erfolgreichen Stadt geformt. Berlin ist wild und schön.

Zehn Jahre nach dem bitteren Bankenskandal ist Berlin heute eine Metropole mit Welt-ruhm. Klaus Wowereit und die SPD wollten den Wandel der Stadt gestalten und haben den Mentalitätswechsel auch über Widerstände hinweg durchgesetzt. Heute sehen wir: Vieles ist gelungen, viel hat sich verändert, viele Berlinerinnen und Berliner haben daran mitgewirkt. Berlin ist eine der attraktivsten Städte der Welt, eine tolerante Metropole im Herzen Europas, die sich erfolgreich um Völkerverständigung und europäische Integration bemüht.

Viele Millionen Besucherinnen und Besucher jährlich zeigen: Die Berlinerinnen und Berliner können stolz sein auf ihre Stadt.

Zusammenhalt und Respekt

Berlin wächst zusammen und hält zusammen. Die Teilung der Stadt in einen Ostteil und einen Westteil ist überwunden. Wie selbstverständlich verstehen sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt – egal woher sie kommen und wo sie heute wohnen – als Berlinerinnen und Berliner.

**Toleranz, Respekt und Akzeptanz
prägen das Lebensgefühl**

Toleranz, Respekt und Akzeptanz prägen das Lebensgefühl dieser Stadt. Berlin ist eine Stadt des Miteinanders, in der unterschiedliche Lebensentwürfe nebeneinander existieren, in der Jung und Alt, Singles wie Familien ihren Platz haben. Klaus Wowereit und die SPD haben diese Offenheit gegen Intoleranz und Ausgrenzung verteidigt. Und das ist auch gut so.

Nach zehn Jahren harter Arbeit haben die Berlinerinnen und Berliner wieder mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesunken. Berlin wächst und auch die Zahl der Arbeitsplätze. Die Stadt gilt als Vorreiterin in Wissenschaft und Forschung, der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Gesundheits- und Umweltwirtschaft.

Wirtschaft auf Kurs

**Mehr als 100.000 neue
sozialversicherungspflichtige
Arbeitsplätze seit 2006**

Berlins Wirtschaft ist zurück in der Erfolgsspur. Die zielgerichtete Arbeit am wirtschaftlichen Wachstum durch den SPD-geführten Senat trägt Früchte. Die Stadt ist Spitzenreiterin beim Beschäftigungswachstum in Deutschland. Allein seit 2006 sind mehr als 100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Berlin geschaffen worden. Nirgendwo in Deutschland werden mehr neue Unternehmen gegründet.

Der SPD-geführte Senat hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und so den Verbleib und die Ansiedlung der Zentralen großer Unternehmen in Berlin gesichert. Renommiertere Firmen aus verschiedensten Branchen entschieden sich für den Standort Berlin, wie etwa die Deutsche Bahn AG, Pfizer, Deutsche Grammophon, Universal Music, MTV oder jüngst die Deutsche Presseagentur und der Suhrkamp Verlag. Neue internationale Messen und Events wie die „Bread & Butter“, die „Fashion Week“ und die immer erfolgreichere Berlinale unterstreichen die Attraktivität der Stadt.

Kreative Köpfe, innovative Unternehmen

Berlin ist zur ersten Adresse in Deutschland und Europa für kreative Köpfe geworden. Berlins Kreativwirtschaft ermöglicht mehr als 150.000 Berlinerinnen und Berlinern eine Beschäftigung. Viele Kleinunternehmen mit zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen hier fortlaufend weitere Arbeitsplätze. 2006 wurde Berlin als Stadt des Designs in das „Creative Cities Network“ der UNESCO aufgenommen.

Und: Mit Klaus Wowereit und der SPD konnte Berlin wieder an seine Tradition als Industriestadt anknüpfen. Heute entwickeln und produzieren hochinnovative Firmen die Produkte von morgen, wie beispielsweise in Berlin Adlershof, Deutschlands größtem Technologiepark. Zukunftsorientierte Solarunternehmen wie Solon und Sulfurcell fanden und finden in Berlin hervorragende Standortbedingungen vor.

Neue, innovative Unternehmen sichern dabei bestehende Arbeitsplätze und schaffen Perspektiven für Handwerk, Handel und Gewerbe – mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat der Berliner Wirtschaft bilden.

Zukunftsindustrien und Klimaschutz

Die Förderung der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft steht seit zehn Jahren ganz oben auf der Prioritätenliste des Berliner Senats. Deshalb ist Berlin heute Standort für Zukunftsindustrien und -technologien. Produkte von Siemens, Daimler und BMW sind Exportschlager! Im Steuerungskreis Industriepolitik arbeitet der Senat mit den Gewerkschaften, den Kammern und Unternehmensverbänden zusammen, damit noch mehr Arbeitsplätze in moderner industrieller Produktion, in Dienstleistungen und in Handel und Handwerk entstehen.

Berlin ist Trendsetter bei der klimaschonenden Energiepolitik und beim Klimaschutz. Im Städtevergleich entstanden hier die meisten Arbeitsplätze in der nachhaltigen Wirtschaft. Wir sind auf einem guten Weg, unsere ehrgeizigen CO₂-Einsparziele zu erreichen.

Gesundheitsstadt Berlin

Gute Gesundheitsversorgung, beste klinische Forschung und exzellente Wissenschaft machen Berlin und Brandenburg zur attraktivsten Gesundheitsregion des Landes. Der Senat hat den strategischen Ausbau dieser wachstumsstarken Branche gewährleistet und gleichzeitig die bestmögliche gesundheitliche Versorgung der Berliner Bevölkerung gefördert. Mit dem „Masterplan Gesundheit“ hat der Senat die Grundlage für die nachhaltige Kooperation von Wirtschaft, Kliniken, Gesundheitseinrichtungen, Krankenkassen und öffentlicher Verwaltung geschaffen.

Attraktiv für Menschen aus aller Welt

Über 20 Millionen Übernachtungen und die Verdopplung der Fluggastzahlen auf über 22 Millionen Passagiere sprechen eine klare Sprache: Menschen auf der ganzen Welt lieben Berlin. Durch den Einsatz von Klaus Wowereit und des von ihm geführten Senats wurde der Tourismus zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, durch den tausende von Arbeitsplätzen geschaffen wurden.

Und noch schöner: Immer mehr Menschen wollen neue Berlinerinnen und Berliner werden. Berlin, die SPD und der Regierende Bürgermeister heißen sie in der Stadt willkommen.

Mehr Bildungschancen – für alle Kinder

Die SPD hat dafür gekämpft, Berlin wieder zur Stadt der Bildungschancen zu machen. Das war harte Arbeit, die sich heute auszahlt. Deshalb sind Berlins Kitas, Schulen und Hochschulen wieder beliebt und nachgefragt.

Erste Adresse für kreative Köpfe

Standort für Zukunftsindustrien und -technologien

Trendsetter in Energiepolitik und Klimaschutz

Touristen lieben Berlin und schaffen Arbeitsplätze

**Aufstieg darf nicht vom Geldbeutel
der Eltern abhängen**

Damit Bildung und sozialer Aufstieg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, haben Klaus Wowereit und die SPD zwei große Bildungsreformen durchgeführt. Dies stärkte die Durchlässigkeit. Durch die Abschaffung der Hauptschule und die Einführung der neuen Sekundarschule wird jeder Jugendliche optimal gefördert und kann ohne Schulwechsel alle Schulabschlüsse erreichen. Mit dem Modellprojekt zur Gemeinschaftsschule haben wir die Schullandschaft bereichert. Mit unseren Ganztagschulen und den Angeboten für längeres gemeinsames Lernen stehen wir bundesweit an der Spitze einer Schulentwicklung, wie sie sich in ganz Europa bewährt hat.

Die Bildungspolitik der SPD zielt darauf ab, unsere Kinder auf die Anforderungen von morgen und übermorgen vorzubereiten und sie zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten in einer solidarischen Gesellschaft zu erziehen. Zugleich bauten wir die Schulen zu Orten des ganzheitlichen Lernens aus – auch indem Berliner Unternehmen, Sportvereine oder Jugendverbände und Künstler in den Unterricht und die Lehrpläne einbezogen werden.

Mit der großen Kitareform haben wir die Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen weiterentwickelt und die vorschulische Sprachförderung verbessert. Unter großen finanziellen Kraftanstrengungen hat Berlin 1.800 neue Stellen für Erzieherinnen und Erzieher eingerichtet. Das steigert die Betreuungsqualität. Denn künftig betreuen mehr Erzieherinnen und Erzieher immer kleinere Gruppen von Kindern.

Familie UND Beruf

Die SPD will und wollte mehr Ganztagschulen für Berlin. Die Konjunkturprogramme und erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Sanierung und Modernisierung von Berlins Schulen haben uns diesem Ziel ein Stück näher gebracht.

Über 16.000 neue Kita-Plätze

Nicht nur deshalb ist die SPD die Familienpartei Berlins. Wir haben alles darangesetzt, Berlin zur Stadt für Kinder zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Seit 2001 wurden knapp 16.000 neue Kindergarten- und Krippenplätze und viele Zentren für Familien zusätzlich geschaffen.

Kinder- und Jugendschutz durchsetzen

Bei uns steht das Kindeswohl ressortübergreifend im Mittelpunkt. Daher wurde das Netzwerk Kinderschutz gebildet, das Maßnahmen bündelt, die der Gewaltanwendung gegen Kinder entgegenwirken. Für alle stehen die zentrale Hotline und in den Bezirken die Kinderschutzkoordinatoren zur Verfügung. Zudem wurden eine bürgernahe Jugendhilfe und ein neues einheitliches Leitbild für die Berliner Jugendämter geschaffen. Im Sinne ganzheitlicher Bildung haben wir die Kooperation von Jugendhilfe und Schule gestärkt.

Im Umgang mit jugendlichen Intensivtätern setzen wir auf konsequentes und schnelles Handeln. Der Erziehungsgedanke steht dabei im Vordergrund, der Staat muss aber auch deutlich machen, dass er bereit ist, seine Werte und Regeln durchzusetzen.

Mit zahlreichen Aufklärungs- und Präventionsangeboten schützen wir Jugendliche vor Drogen- und Suchtgefahren. Sie sollen junge Menschen stärken und sie befähigen, Nein zu Suchtmitteln aller Art sagen zu können.

Der Missbrauch alkoholischer Getränke unter Kindern und Jugendlichen ist im Jahr 2010 leicht zurückgegangen, aber immer noch viel zu hoch. Maßnahmen gegen sogenannte Flatrate-Partys haben zwar dazu geführt, dass Anbieter des Flatrate-Trinkens mit empfindlichen Strafen rechnen müssen. Dennoch ist in Zusammenarbeit von Gewerbeaufsichtsdienst, Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei weiterhin zu kontrollieren, dass kein Ausschank alkoholischer Getränke an Jugendliche erfolgt.

Berlin: beliebt bei Studierenden und der Wissenschaft

Studieren in Berlin wird immer beliebter. Dies haben Klaus Wowereit und die SPD gefördert, indem sie die Zahl der Studienanfängerplätze weiter ausgebaut und die Studienbedingungen verbessert haben. Dabei wurden seit 2006 7.000 neue Studienplätze geschaffen.

Zugleich haben wir Berlin als starken Wissenschafts- und Forschungsstandort weiterentwickelt. Berliner Hochschuleinrichtungen gewannen im Exzellenzwettbewerb sieben Graduiertenschulen und vier Exzellenzcluster. Die Freie Universität Berlin wurde mit Unterstützung des SPD-geführten Senats zur Exzellenzuniversität.

Durch die sozialdemokratische Wissenschaftspolitik sind in den letzten Jahren die Berufung von 451 neuen Professoren und die Einstellung von 2.300 zusätzlichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefördert worden.

Bildung für alle – gebührenfreie Bildung

Die SPD hat jahrelang hart dafür gekämpft, dass Berlins Bildung gebührenfrei wird. Seit 2011 ist Realität: Die letzten drei Kitajahre sind komplett beitragsfrei. Das entlastet die Familien und fördert die Kinder von Anfang an.

Klaus Wowereit und die SPD stehen dafür, dass Berlin auch künftig keine Studiengebühren erhebt.

Kurzum: Klaus Wowereit und die SPD haben Wort gehalten. An der Bildung wurde nicht gespart.

Tatkräftiger Einsatz für Integration

In der Integrationspolitik hat die SPD in Berlin Beispielhaftes geleistet: mit den Bildungsreformen, dem bundesweit ersten Integrations- und Partizipationsgesetz, durch Integrations- und Sprachförderprojekte aus dem Programm „Soziale Stadt“ wie den „Stadtteilmüttern“ und den Bildungsverbänden.

Wir haben die Bildungs- und Ausbildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund vergrößert. Die Zahl der Schulabbrecher ist gesunken, die Quote der Nichtdeutschen ohne Schulabschluss sank um mehr als 6 %. Gleichzeitig stieg die Anzahl von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst erheblich.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Situation für Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei, der Feuerwehr und im restlichen Öffentlichen Dienst werden mehr und mehr zur Normalität.

Miteinander für Toleranz

Unsere Landesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus halfen, Toleranz zu stärken und Ausgrenzung und Rassismus entgegenzutreten.

Die Zusammenarbeit der Härtefallkommission für Flüchtlinge mit dem Innensenator führte hier zu großzügigeren Bleiberechtsregelungen für Flüchtlinge als im Bundesdurchschnitt. Auch beteiligte sich Berlin an der „Save-me-Initiative“ zugunsten besonders gefährdeter Flüchtlingsgruppen wie Christen aus dem Irak und Verfolgter aus der iranischen Demokratiebewegung.

Berlin: Ein starker Wissenschafts- und Forschungsstandort

Integrationspolitik in Berlin ist beispielhaft

Einsatz gegen Diskriminierung

Handeln statt reden. Gleichstellungspolitik in Berlin

Die SPD hat sich für mehr Gleichstellung in Berlin eingesetzt. Der SPD-geführte Senat tritt der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, Glaubens, ihrer ethnischen Herkunft, sexuellen Identität oder einer Behinderung energisch und durch diverse Initiativen entgegen.

Durch das „Gender Budgeting“, also die geschlechtersensible Haushaltsführung, und das Landesgleichstellungsgesetz ist die Stadt Vorreiterin bei der Durchsetzung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf Gleichstellung geworden. Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit hat den Frauenanteil in Forschung und Lehre erhöht. Öffentliche Auftragsvergabe und Bewilligung von Steuergeldern an Unternehmen sind an die Darlegung von Frauenfördermaßnahmen geknüpft.

**Wir bringen Frauen
in Führungspositionen**

Und wo andere noch über Frauen in Führungspositionen diskutieren, haben wir gehandelt: Die Hälfte aller Staatssekretärspositionen ist mit Frauen besetzt. Wir haben die Frauenquote von 40 % in den Aufsichtsräten der landeseigenen Betriebe bereits übertroffen, auch in die Vorstände ziehen immer mehr Frauen ein. Und in der Justiz ist ein erheblicher Anteil der Präsidenten- und Richterämter durch Frauen besetzt.

Vielfalt und Respekt

Gleichstellung bedeutet auch die Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften. So hat Berlin durch unsere Politik bei der rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen eine führende Rolle in Deutschland eingenommen. Berlin ist als erstes Bundesland im Jahr 2007 der „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber werden so verpflichtet, Vielfalt in der Belegschaft, bei der Kundschaft und unter den Geschäftspartnern zu respektieren.

Mit der Einrichtung der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ und ihres Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen werden Berlinerinnen und Berliner über ihre Rechte aufgeklärt und ermutigt, sich gegen Diskriminierungen zu wehren.

Bereits 2008 hat der Senat die Gleichstellung von Landesbeamten, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben, durchgesetzt. Trotz breiter Zustimmung in der Bevölkerung scheiterten am Widerstand konservativ regierter Bundesländer die Bundesratsinitiativen des SPD-geführten Senats zur Anerkennung des Merkmals der sexuellen Identität beim Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes und zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Wir kämpfen weiter für die Anerkennung dieser gesellschaftlichen Realitäten!

Wir stärken die soziale Stadtentwicklung

**Für den sozialen
Zusammenhalt Berlins**

Die SPD kämpft für den sozialen Zusammenhalt Berlins. Dort, wo Spaltungen drohen, schreiten wir durch unser Programm „Soziale Stadt“ und die konzipierten „Aktionsräume Plus“ aktiv ein. Dabei haben wir die Sozial-, Bildungs-, Integrations-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik so miteinander vernetzt, dass die Hilfe direkt bei den Menschen ankommt. Damit stärken wir die Kieze und Nachbarschaften.

Die SPD hat das bundesweit beachtete Quartiersmanagement weiter ausgebaut. Der SPD-Senat stärkte die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Organisation der Quartiersräte. In vielen Quartieren stoppten wir so die Abwärtsspirale aus sich gegenseitig verstärkenden städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für die soziale Stadtentwicklung drastisch gekürzt. Dies spaltet die Städte und droht die vielfältige Landschaft von Projekten und Initiativen sozialer Stadtentwicklung zu zerstören. Wir fordern, diese Kürzungen rückgängig zu machen. Sozialdemokratische Politik hingegen bleibt verlässlich: Daher haben wir die Finanzmittel für die Programme der sozialen Stadtentwicklung aufgestockt, so dass sie auf gleichbleibendem Niveau erhalten bleiben.

Nur eine gesunde Stadt ist eine soziale Stadt. Der Senat setzte sich in Berlin in den letzten Jahren für die Gesundheitsförderung und den Patientenschutz ein. Die Stadt ist jetzt Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk, hat eine Landesgesundheitskonferenz sowie Fachstellen für Gesundheitsförderung und Suchtprävention eingerichtet. Die Patientenberatung wurde gestärkt, die Beteiligung von Patienten-, Verbraucher- und Selbsthilfeorganisationen an den Gremien der Landesgesundheitspolitik erfolgreich ausgebaut. Berlin hat als erstes Bundesland eine Patientenbeauftragte eingesetzt.

Die rasante Ausbreitung von Spielhallen wird durch ein Spielhallengesetz eingedämmt. Eine Bundesratsinitiative zum Baurecht und die Änderung der Bauordnung auf Landesebene flankieren dieses Ziel.

Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten

Der zunehmende wirtschaftliche Erfolg der Stadt drückt sich leider auch in höheren Lebenshaltungskosten aus. Die SPD setzt sich daher für angemessene Lohnsteigerungen ein, damit die Einkommen Schritt halten können. Trotz der steigenden Attraktivität Berlins – besonders einzelner Quartiere der Innenstadt – tun wir alles, um die Mieten in Berlin bezahlbar zu halten.

Wir haben alle bestehenden Regelungen ausgeschöpft, um Mietwucher und Spekulation mit Wohnraum Einhalt zu gebieten. Unser Mietspiegel macht ortsübliche Mietpreise in Berlin transparent und bewahrt Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieterhöhungen. Darüber hinaus soll das Wohnraumgesetz unangemessene Mietsteigerungen für Sozialwohnungen verhindern. Wir haben eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts mit dem Ziel eingebracht, die Spielräume der Vermieterinnen und Vermieter für Mieterhöhungen zu begrenzen.

Die SPD ist der Garant dafür, dass über einen guten öffentlichen Wohnungsbestand den Immobilienspekulationen entgegengewirkt wird. Wir haben den Bestand an rund 270.000 Wohnungen der landeseigenen Wohnungsgesellschaften festgeschrieben. Dazu kommen 10 % genossenschaftliche Wohnungen – insgesamt ein Viertel des Berliner Wohnungsbestands. Diese 25 % bilden ein wichtiges Korrektiv zum freien Spiel der Marktkräfte und stellen einen zentralen Hebel dar, um allen Berlinerinnen und Berlinern den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu sichern und allgemeine Mietsteigerungen zu dämpfen. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften bieten nicht nur preiswerten Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung, sondern leisten auch positive Beiträge zur Quartiersentwicklung und schaffen mehr Lebensqualität im Wohnumfeld.

Mobilität ist Lebensqualität

Eine Stadt mit Lebensqualität muss die Mobilität aller sicherstellen. Daher haben wir in den letzten Jahren mit dem „Stadtentwicklungsplan Verkehr“ die schnelle Verbindung zwischen den Kiezen sowie der Stadt und ihrem Umland deutlich verbessert. Damit haben wir gleichzeitig die Luft- und Lärmbelastigungen durch den Verkehr in den Wohngebieten abgesenkt

**Nur eine gesunde Stadt
ist eine soziale Stadt**

**Einsatz gegen Mietwucher
und Spekulation**

Mobilität für alle

**Über 100 km neue Radwege
seit 2006**

und die Verkehrssicherheit erhöht. Wir haben das Tramnetz in den Westteil der Stadt verlängert. Insgesamt wurden seit 2006 über 100 km neue Radwege gebaut. Die BVG – mit Bussen, U-Bahnen und Tram – ist ein leistungsfähiger Mobilitätsdienstleister. Gleichzeitig konnten wir die Fahrpreise moderat halten.

Wir haben das Sozialticket für Bedürftige eingeführt.

Die SPD hat die Anbindung Berlins an das Bahnnetz vorangetrieben. Durch die Inbetriebnahme des Nord-Süd-Tunnels und der Bahnhöfe Hauptbahnhof, Südkreuz und Gesundbrunnen wurde die schnelle und bequeme Anbindung in alle Richtungen erheblich verbessert. Verkürzte Fahrzeiten führten zu Zuwächsen bei den Nutzerinnen und Nutzern der Bahn.

S-Bahn – die Deutsche Bahn AG zurück in die Spur bringen

Die S-Bahn war einmal der Stolz aller Berlinerinnen und Berliner. Profitgier, die einseitige Ausrichtung auf den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG und eine katastrophale Unternehmenspolitik haben die S-Bahn kaputtgespart – zu Lasten der Sicherheit, des reibungslosen Betriebs und der Beschäftigten. Für die Unzuverlässigkeit und das Chaos bei der S-Bahn sind die Deutsche Bahn und der Bund als Eigentümer in der Verantwortung. Wir haben den S-Bahn-Vertrag neu ausgehandelt. Jetzt gilt: Führt die Bahn nicht, zahlt der Senat kein Geld.

Aber die Krise ist leider noch nicht vorbei. Die SPD erwartet von der Deutschen Bahn AG die strikte Einhaltung des Beförderungsvertrages. Bei gravierenden Vertragsverletzungen erwarten wir unbürokratische Entschädigungen für die Fahrgäste. Die SPD wird den Druck auf die Deutsche Bahn und die S-Bahn hochhalten, damit Züge, Werkstätten und der gesamte Betrieb wieder in ordnungsgemäßen Zustand kommen. Eine (Teil-)Ausschreibung der Berliner S-Bahn lehnen wir ab.

Wir halten an unserer Position der Ablehnung eines Börsengangs der Deutschen Bahn AG fest.

Mehr kulturelle Vielfalt und Bildung

**Freiheit der Kunst und Teilhabe
aller am kulturellen Leben**

Sozialdemokratische Kulturpolitik basiert auf der Freiheit der Kunst, der Teilhabe aller am kulturellen Leben und der integrativen Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Senat richtete den Projektfonds kulturelle Bildung ein und finanzierte so die Umsetzung von gemeinschaftlichen Angeboten von Kulturinstitutionen und Jugendeinrichtungen, Schulen und Kitas. Berlins einmalige Kulturlandschaft wurde durch die Bewilligung zusätzlicher Mittel und bauliche Investitionen gefördert und ausgebaut. Klaus Wowereit und die SPD haben die Sanierung der Staatsoper sowie die Schaffung einer Ersatzspielstätte am Schiller Theater angeschoben.

Freiheit und Sicherheit

Kein Platz für Angst und Gewalt

Die SPD hat in den letzten Jahren kontinuierlich daran gearbeitet, Berlin sicherer zu machen. Gewalt und Angst haben in dieser Stadt keinen Platz. Unser Innensenator hat in Berlin beispielhaft gezeigt, wie Freiheit und Sicherheit zusammengebracht werden können. Die Berliner Polizei ist freundlich, modern, bürgernah und leistungsfähig. Durch die Einführung der bundesweit einmaligen verbindlichen Kennzeichnung von Polizeibeamten wird ein weiterer Schritt in Richtung Bürgernähe und Transparenz gemacht.

Die Nachbarschaften sind wieder sicherer. Der Senat bekämpfte Kriminalität bei jugendlichen Intensivtätern durch das Neuköllner Modell, das die beschleunigte Anwendung des vereinfachten Jugendstrafverfahrens ermöglicht. Der 1. Mai ist durch das „Konzept der ausgestreckten Hand“ immer ruhiger und friedlicher geworden.

Statt Ängste zu schüren und Panik zu streuen, ist die Berliner Innenpolitik erfreulich unaufgeregt. Durch gezielte und solide Polizeiarbeit wird vom SPD-geführten Senat Kriminalität bekämpft, während andere mediale Drohkulissen von islamistischem Terrorismus und linksextremen Brandstiftern aufbauen. Sozialdemokratische Politik für Recht und Ordnung ist eine Berliner Erfolgsgeschichte. Das lässt sich u. a. an der Kriminalitätsstatistik ablesen.

Gemeinsam gegen rechts – für Toleranz und Zivilcourage

Mit zahlreichen öffentlich geförderten Projekten, aber vor allem mit dem persönlichen Engagement und der Zivilcourage vieler Berlinerinnen und Berliner hat unsere Stadt deutlich gemacht: Hier ist kein Platz für Neonazis, Rechtsextreme, für Antisemiten oder islamfeindliche Rechtspopulisten. Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich mehrfach für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD eingesetzt und sich den Aufmärschen von Neonazis widersetzt. Uns macht es wütend, dass die Bundeszentrale dieser rechtsextremen Organisation ihren Sitz in Berlin hat und ihn dazu nutzt, ihr braunes Gedankengut zu verbreiten.

Wir sind stolz darauf, dass sich gegenseitige Achtung und Respekt vor Menschen mit anderem kulturellen, religiösen oder ethnischen Hintergrund zu einer allgemeinen Tugend im Zusammenleben der Berlinerinnen und Berliner entwickelt haben. Dort, wo es trotzdem zu rassistischen oder antisemitischen bzw. antiislamischen Übergriffen gekommen ist, haben wir konsequent mit polizeilichen und juristischen Mitteln reagiert.

Umwelt und Nachhaltigkeit

Berlin ist eine nachhaltige Metropole. Die SPD begleitete unsere Stadt auf dem bisherigen Weg dahin und setzt die weiteren Schritte effektiv um. Wir haben das ehrgeizige Berliner Klimaschutzziel festgeschrieben und werden durch die konsequente Umsetzung bis 2020 eine CO₂-Reduktion von 40 % erreichen. Der hohe Anteil umweltfreundlicher Mobilität – ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr – tragen wesentlich dazu bei. Auch die Einführung der Umweltzone hat hier einen wichtigen Beitrag geleistet. Unser klimapolitisches Arbeitsprogramm und der Lärminderungsplan wirken aktiv für eine bessere Umwelt und verschaffen den Berlinerinnen und Berlinern ein weiteres Stück Lebensqualität. Im Ergebnis kann sich Berlin als klimafreundlichste Metropole Europas betrachten.

Verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik

Diese positive Bilanz erreichten wir trotz enger Spielräume des Berliner Haushalts. Wir haben Wort gehalten und erste Schritte zum Schuldenabbau getan, damit künftige Generationen nicht in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt werden. Wir müssen daher heute handeln und weiter sparen.

Die SPD war in den letzten Jahren der Garant für eine sparsame öffentliche Verwaltung, strikte Ausgabendisziplin und leistungsfähige, aber schlanke öffentliche Unternehmen. Wir haben dafür gesorgt, dass der Verkauf der Landesbank Berlin mit einem Erlös von fünf Milliarden Euro bisher die Risiken aus der Berliner Bankenkrise abgedeckt hat. So haben wir Berlin vor großem Schaden bewahrt. Zudem gelang es Berlin, Schulden abzubauen. Die von Klaus Wowereit durchgesetzte Hauptstadt Klausel im Grundgesetz sichert Berlin Einnahmen für Aufwendungen, die die Stadt in gesamtstaatlicher Verantwortung leistet.

—
**Kein Platz für Neonazis, Rechts-
extreme, Antisemiten und
islamfeindliche Rechtspopulisten**

—
**Berlin – klimafreundlichste
Metropole Europas**

—
**Handlungsspielraum
für künftige Generationen**

Berlin profitiert von den Mitteln aus den europäischen Strukturfonds – mehr als eine Milliarde Euro in der laufenden Förderperiode. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass auch bei einer Reform sichergestellt wird, dass Metropolen mit ihren spezifischen Problemen berücksichtigt werden. Die „städtische Dimension“ muss als Förderdimension weiter ausgebaut werden. Nachdem eine Kofinanzierung nicht mehr überall erforderlich ist, werden wir noch stärker als bislang eine europäische Finanzierung von Projekten sicherstellen und danach trachten, so Einnahmeausfälle durch die Reduktion der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ zu kompensieren.

Investitionen in die energetische Sanierung von Schulen

Investitionen haben wir vorangetrieben: Durch die (energetische) Sanierung von Schulen, Bädern und Sportanlagen, durch Aufwendungen in die bauliche Unterhaltung, durch Konjunkturprogramme, durch den Schienen- und Straßenbau oder durch Sonderprogramme wie das Schlaglochprogramm hat Berlin seit 2006 rund sechs Milliarden Euro in die Infrastruktur des Landes investiert. Investieren, sanieren, konsolidieren – das ist der erfolgreiche Dreiklang sozialdemokratischer Finanzpolitik in Berlin.

Der von uns eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung war und ist hart. Doch er war erfolgreich. Berlin braucht den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Kein Bundesland hat in den vergangenen zehn Jahren seine Ausgaben so gut im Griff gehabt wie Berlin. Ungeachtet des für Berlin symptomatischen Einnahmeproblems hat die SPD darauf geachtet, den öffentlichen Haushalt nicht zu überfordern und dennoch Spielräume für sozialdemokratische Politik zu schaffen und zu erhalten. Eine Politik, die die SPD deutlich erkennbar von den anderen Parteien unterscheidet.

Denn trotz der angespannten Finanzsituation haben wir klare Schwerpunkte gesetzt und realisiert. Kostenfreiheit und Angebotserweiterung im Kitabereich, eine bessere personelle Ausstattung der Schulen und der Ausbau der Hochschulen sind klare Beispiele.

Bei Bildung und Wissenschaft wird nicht gespart

Diesen Weg der stabilen Finanzen werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortführen. Dazu muss der in der Finanzplanung vorgegebene Ausgabenpfad eingehalten werden. Für uns ist aber klar: Bei Bildung und Wissenschaft wird auch künftig nicht gespart.

Ein Finanzausgleich unter den Bundesländern ist unverzichtbarer Bestandteil praktizierter Solidarität in unserem föderalen System. Daran darf sich trotz der Drohungen CDU- und FDP-regierter Landesregierungen gegen Berlin auch in der Zeit nach 2019 nichts ändern. Berlin erhält Mittel zur Haushaltskonsolidierung und muss gegenüber dem Stabilitätsrat laufend Rechenschaft ablegen. Berlin erwartet, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung unsere Haushaltskonsolidierung nicht durch eine unsoziale Steuerpolitik konterkariert, die für das Land Berlin zuletzt Steuerausfälle in Höhe dreistelliger Millionenbeträge bedeutet haben. Wir treten weiter für die stärkere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ein.

Wir werden Berlin nicht kaputtsparen

Wir werden Berlin nicht kaputtsparen, um die unausgewogenen und unsozialen Steuerpläne von CDU und FDP auf Bundesebene zu finanzieren. Der Bund ist in der Verantwortung, die finanzielle Ausstattung der Kommunen – hier insbesondere der Großstädte und der deutschen Hauptstadt mit ihren Zusatzaufgaben – zu verbessern.

Zu den aktuellen Themen und Problemstellungen der Berliner Finanz- und Haushaltspolitik gehören neue, verschärfte Kriterien für die Vergabe von Zuwendungen. Diese Zuwendungen sollen künftig nur diejenigen Anbieter erhalten, die leistungsfähig sind und uneingeschränkt in der vorhandenen und öffentlich zugänglichen Transparenzdatenbank über sich Auskunft erteilen.

Zudem wollen wir die Einnahmehasis des Landes festigen. Außerdem werden wir eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung einer – verfassungsgemäß gestalteten – Vermögenssteuer ergreifen.

3. Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.

Die SPD will in Berlin Beschäftigung für alle. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Menschen ohne Arbeitsplatz bleiben. Wir kämpfen zusammen mit den Gewerkschaften weiter dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten.

Berlins Wirtschaft wächst wieder. Klaus Wowereit und die SPD haben seit 2001 den Strukturwandel der Wirtschaft gefördert und mit klaren Schwerpunktsetzungen neue Impulse geschaffen. Allein seit 2006 sind in Berlin über 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. In dieser Zeit haben sich in Berlin tausende Unternehmen niedergelassen oder wurden neu gegründet.

Das Wirtschaftswachstum war in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Berliner Produkte sind markt- und zukunftsfähig und werden in der ganzen Welt nachgefragt. Die Berliner Wirtschaft ist auf Kurs. Wir wollen in den kommenden Jahren diesen Erfolgskurs fortsetzen.

Arbeit ist für uns immer gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet gerechte und existenzsichernde Löhne, starke Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, gesunde und faire Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sichere Aufstiegsperspektiven. Gerade auch für Frauen schaffen wir dadurch Bedingungen, die ihnen reale Gleichstellungschancen eröffnen und ökonomische und soziale Eigenständigkeit ermöglichen.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen weiterhin zum Schwerpunkt unserer Politik machen. Die SPD verfolgt eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie: Stärkung der städtischen Wirtschaft, Konzentration auf Kompetenzfelder, eine neue Außenwirtschaftsstrategie und die Schaffung guter Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Stärkung der städtischen Wirtschaft

Ansässige Betriebe stützen

Basis unseres Wohlstandes sind die vielen kleinen und größeren Unternehmen am Standort Berlin. Sozialdemokratische Politik schafft gute Rahmenbedingungen für ihren Erfolg. Wo Betriebe unsere Unterstützung brauchen, haben wir ein offenes Ohr. In der Verwaltung des Landes und der Bezirke legen wir Wert auf unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen. Wir werden den eingeführten Unternehmensservice in den Bezirken weiter verbessern und Ansprechpartner für die Anliegen der Betriebe sein.

Moderne Industriepolitik schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze

Moderne Industriepolitik ist ein wesentlicher Faktor sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die SPD will Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen sparender, innovativer Zukunftsindustrien machen. Klaus Wowereit hat mit der Gründung des Steuerungskreises Industriepolitik aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften den Grundstein für ein neues industriepolitisches Miteinander in Berlin gelegt.

Zuwächse im industriellen Sektor bedeuten mehr Wertschöpfung auch bei Dienstleistungen. Dadurch vergrößern sich die Spielräume für unsere sozialökologische und sozial gerechte Politik. Die SPD will mit einer intelligenten Wachstumspolitik Erwerbsarbeit fördern. So bauen wir das Wohlstandsniveau aus und verringern die Abhängigkeiten von Transferleistungen.

—
Beschäftigung für alle

—
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

—
Intelligente Wachstumspolitik für Berlin

**Strategische Allianzen
zwischen Wissenschaft,
Forschung und Wirtschaft**

Wissenschaft und Wirtschaft

Eine intelligente Wachstumspolitik braucht strategische Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Eine enge Verzahnung zwischen Unternehmen und Berliner Forschungs- und Hochschuleinrichtungen werden wir durch Forschungsallianzen gezielt fördern. Wir wollen das Instrument der Hochschulverträge künftig auch dazu nutzen, die Hochschulen noch stärker mit der Berliner Industrie zu verknüpfen. Wir entwickeln strategische Partnerschaften zwischen Industrie, Dienstleistungsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen und optimieren bestehende Transferprogramme.

Wir werden Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Berliner Industrieunternehmen auch unter dem Gesichtspunkt fördern, dass in Berlin ausgebildete Fachkräfte in der Stadt bleiben. In Berlin gibt es viele wissensgetriebene Industriebetriebe – große wie kleine – die abhängig sind von produktionstechnischem Know-how und Ingenieur- und Marktwissen. Insgesamt ist die Verfügbarkeit von Fachkräften eine der zentralen Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Berlins. Die Hochschulen müssen darum in gefragten Disziplinen die Anzahl der Studienplätze erhöhen. Unternehmen müssen künftige Fachkräfte frühzeitig binden und attraktive Arbeitsbedingungen anbieten. Die Qualifikationen, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter in der dualen Ausbildung erwerben, dürfen auch in Zukunft nicht aus dem Blick geraten.

**Mehr Möglichkeiten
für ein Studium ohne Abitur**

Die SPD erhöht die Durchlässigkeit der Berliner Hochschulen, damit es mehr Möglichkeiten für ein Studium ohne Abitur gibt. Dabei überprüfen wir, inwieweit die Studiengänge unserer Hochschulen mit der Lebensrealität von Facharbeiterinnen und Facharbeitern vereinbar sind, um mit den Hochschulen eine Anpassung der Studiengänge zu erreichen.

Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode die Zahl der Studierenden insbesondere in mathematisch-ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen erhöhen. Zudem werden wir Berlin als Zentrum der Geisteswissenschaft stärken.

Klaus Wowereit hat im Frühjahr 2011 eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung gestartet. Den Pakt für Fachkräfte in der Berliner Industrie werden wir fortsetzen und eine entsprechende Initiative für Fachkräfte in den sozialen, pflegerischen und gesundheitsbezogenen Berufen starten.

Zukunftsorte: ein Konzept für Arbeitsplätze

**Erfolgsbeispiele Adlershof,
Buch und Marzahn-Hellersdorf**

Industrie braucht Räume und Flächen. In den kommenden Jahren wollen wir die Kompetenzfeldstrategie um unser Konzept der Zukunftsorte erweitern. Hier wollen wir beispielhaft langen Atem beweisen: durch einheitliche Planungen und abgestimmtes Clustermanagement. Wir orientieren uns dabei an Erfolgsbeispielen wie Adlershof, Buch oder Marzahn-Hellersdorf.

Schon heute entstehen in Charlottenburg, Dahlem, Oberschöneweide oder nördlich des Hauptbahnhofs in Mitte vielversprechende regionale Wirtschaftscluster rund um Hochschulen und Industriebetriebe. Dies unterstützen wir. Auch der Flughafen Tegel wird nach seiner Schließung ein strategischer Zukunftsort. Hier soll ein Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien entstehen.

Zukunftsorte brauchen ein professionelles Projektmanagement in enger Kooperation zwischen Politik, Unternehmen sowie Wissenschaft und Forschung. Die SPD fördert dabei den fairen Interessenausgleich zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern und Unternehmen.

Bündnis für den Mittelstand

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Berliner Wirtschaft. Wir werden Mittelstandsbetriebe in allen Branchen gezielt unterstützen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Mittelstandspolitik.

Die Berliner Wirtschaftspolitik basiert auf der Kernkompetenz der Verwaltung in den einzelnen Schwerpunktbereichen und wird unterstützt durch die Arbeit der Berlin Partner GmbH, der Technologiestiftung Berlin (TSB) und der Investitionsbank Berlin (IBB). Um diese Institutionen noch strategischer aufzustellen und die Förderung aus einer Hand zu ermöglichen, werden wir in den kommenden fünf Jahren die Berlin Partner GmbH und die TSB GmbH zusammenführen.

Ziel ist es, die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, Wertschöpfungsketten strategisch am Standort Berlin aufzubauen, Ansiedlungen zu begleiten und zu fördern und das Standortmarketing im Bündnis mit den Berliner Unternehmen professionell aufzustellen. Eine enge Zusammenarbeit mit der Tourismuswerbung „visitBerlin“ wird angestrebt. Gemeinsam mit dem Unternehmensservice sollen insbesondere die vielen kleinen und mittleren Betriebe am Standort Berlin angesprochen werden.

Die Investitionsbank Berlin muss ihr Profil als Strukturförderbank sowie Förderer und Partner der Berliner Unternehmen und Selbständigen weiter schärfen. Wir werden dafür die Kreditprogramme der IBB evaluieren, wo nötig Verwaltungsabläufe verschlanken und den Kundenservice spürbar erhöhen. Das Gesetz über die Investitionsbank Berlin wird mit diesem Ziel überprüft und bei Bedarf überarbeitet.

Gute Mittelstandspolitik fördert Gründungskultur. Berlin ist heute schon Gründerhauptstadt Deutschlands. Durch effiziente Gründungsförderung, eine Ausweitung von Mikrokreditprogrammen sowie unternehmensnahe Gründungsberatung werden wir das Entstehen neuer Unternehmen zusätzlich unterstützen.

Die SPD will Berlins Stärken deutlicher hervorheben, um die Stadt im internationalen Wettbewerb weiter nach vorne zu bringen. Wir stärken den Messestandort Berlin durch Erhalt und Umbau des ICC.

Wir stärken Handwerk, Handel und Gewerbe

Handwerk, Handel und Gewerbe sind wichtige Arbeitgeber Berlins. Gemeinsam mit den Kammern werden wir die Rahmenbedingungen für sie weiter verbessern. Durch möglichst kleinteilige Auftragsvergabe der öffentlichen Hand wollen wir das regionale Handwerk stärken. Die energetische Sanierung von Gebäuden schafft viele Arbeitsplätze im Handwerk. Daher werden wir hier nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten einen Schwerpunkt unserer Investitionsplanung legen.

Das Handwerk leistet die größten und wichtigsten Anstrengungen, um jungen Menschen eine duale Ausbildung zu ermöglichen – gerade auch jenen mit Migrationshintergrund. Wir werden das Handwerk bei dieser wichtigen Aufgabe durch Kooperationen zwischen Schule und Betrieb, Patenschaften sowie berufsbegleitende Programme unterstützen.

Moderne Infrastruktur schafft neues Wachstum

Berlin hat eine hervorragende Infrastruktur. Wir werden sie weiter verbessern und ausbauen. Die SPD steht für den Ausbau der Infrastruktur – für neue Verkehrswege, für schnelle Anbindungen an Europa und die Welt sowie für effiziente Netze. Wir werden auch in den kommenden fünf Jahren in die Berliner Infrastruktur investieren und damit günstige Bedingungen für Investoren schaffen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Mittelstandspolitik

Berlin, die Gründerhauptstadt Deutschlands

Das Handwerk: wichtigster Träger der dualen Ausbildung

**Neue Arbeitsplätze durch
den Hauptstadtflughafen
Berlin-Brandenburg International**

Gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund realisieren wir bis 2012 das größte Infrastrukturprojekt im Osten Deutschlands – den neuen Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg International, benannt nach dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt. Durch eine gute Entwicklung des neuen Flughafens und seines Umfelds, durch die Verknüpfung mit Adlershof und leistungsstarken Verkehrswegen in die Stadt entstehen zehntausende Arbeitsplätze. Wir wollen einen erfolgreichen Airport mit Flugverbindungen in die ganze Welt. Dabei werden wir dafür kämpfen, dass so wenig Menschen wie möglich durch den Lärm der startenden und landenden Flugzeuge belastet werden. Wir wollen eine Lösung auf der Basis der ursprünglichen Planungen.

Im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes, das Wohngebiete und die Innenstadt vom Autoverkehr entlastet, wollen wir die Autobahn A 100 bis zum Treptower Park verlängern. Das Vorhaben ist in ein Gesamtkonzept eingebettet, das vielfältige Maßnahmen zur umweltfreundlichen Verkehrsentwicklung in Berlin, wie z. B. die Beschleunigung von Straßenbahn und Bus sowie die Steigerung des Fahrradverkehrs, umfasst.

Zudem wollen wir die Anbindung des Wirtschaftsstandortes Berlin u. a. durch folgende Infrastrukturprojekte verbessern: Stockholm, Malmö, Kopenhagen und Berlin werden mittels ICE-Hochgeschwindigkeitsverkehr verbunden. Die Schienenverbindungen von Berlin zu den Ostseehäfen Rostock und Stettin werden auf 160 km/h ausgelegt. Wir werden darauf drängen, dass die neue Nord-Süd-Achse südlich von Berlin nach Wien und Budapest über Dresden und Prag für 200 km/h ausgebaut wird. Warschau und Berlin müssen zusammenrücken. Daher fordern wir die Verlängerung der bis 2019 in Polen geplanten Hochgeschwindigkeitsstrecke Warschau–Łódź–Poznań („Y-Projekt“) bis nach Berlin. Wir werden Berlin zum Verkehrsknoten zwischen Nord und Süd sowie Ost und West ausbauen.

**Digitale Netze und
Kommunikationsnetze:
wichtige Säulen der Infrastruktur**

Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wichtige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur. Die SPD will in Berlin Breitbandversorgung mit schnellem Internet sicherstellen. Alle Berlinerinnen und Berliner haben einen Anspruch auf Breitbandinternet. Zusammen mit den Telekommunikationsunternehmen werden wir dafür sorgen, dass die ganze Stadt an das schnelle Internet angebunden wird.

Weiterhin werden wir den Glasfaserausbau unterstützen. Breitbandversorgung ist für die SPD auch ein Teil der Wirtschafts- und Strukturförderung. Zukunftsorte der Wirtschaft müssen vorrangig an die schnelle Datenautobahn angeschlossen sein. Wo nötig, werden wir Wege finden, um das Glasfasernetz mit öffentlicher Flankierung auszubauen.

Stärken stärken: unsere erweiterte Kompetenzfeldstrategie

Wer wirtschaftlich erfolgreich sein will, muss die Stärken der Wirtschaft stärken. Die Berliner Wachstums- und Kompetenzfelder Biotechnologie/Biomedizin, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien, Optische Technologien/Mikrosystemtechnik, Verkehr und Mobilität sowie Energietechnik bleiben auch künftig die verlässlichen wirtschaftspolitischen Schwerpunkte.

**Standort für Produkte
der nachhaltigen Wirtschaft**

Die SPD wird diesen Weg entschlossen fortsetzen, diese Säulen stärken und um konkrete Wertschöpfungsprofile und -ketten erweitern. Wir wollen Zukunftstechnologien fördern und werden Berlin als Standort für Produkte der nachhaltigen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts positionieren. Großes Potenzial sehen wir dabei in den Feldern der nachhaltigen Energie- und Kreislaufwirtschaft, der (Elektro-)Mobilität, der Gesundheitswirtschaft und der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen sowie der wissens- und innovationsgetriebenen Informationstechnologie auch als Grundlage moderner Verwaltung.

Leuchtturm Berliner Gesundheitswirtschaft

Die Charité ist ein Leuchtturm der Wissenschaft. Berlin ist stolz auf diese zentrale Säule der Gesundheitsversorgung und der Forschung. Der SPD-geführte Senat hat in der letzten Legislaturperiode mit insgesamt über 300 Millionen Euro an Investitionsmitteln sichergestellt, dass die nötigen Sanierungen und Investitionen getätigt werden können und die Charité auf eine stabile wirtschaftliche Grundlage gestellt wird.

Die Sanierung des Bettenhochhauses wollen wir in den kommenden fünf Jahren sicherstellen, beginnen und zügig zur Realisierung bringen. Auch für die Studierenden der Modellstudiengänge an der Charité wollen wir eine sachgerechte Ausstattung gewährleisten. Berlin braucht dieses medizinische Zentrum mit internationaler Ausstrahlung, das für erstklassige Versorgung, Ausbildung und Forschungskooperation steht. Daher wird die SPD gemeinsam mit der Charité die Wirtschaftlichkeit verbessern und die Kooperation mit Berliner Pharma- und Biotech-Unternehmen wird Standorte stärken.

Den landeseigenen Klinikbetrieb Vivantes hat die SPD zu einem erfolgreichen Unternehmen ausgebaut, das die städtische klinische Gesundheitsversorgung mit exzellenten Leistungen sicherstellt. Zugleich ist Vivantes – auch mit seinen Netzwerken im arabischen Raum – zu einem internationalen Leuchtturm der klinischen Forschung geworden. Diesen Prozess werden wir weiter unterstützen.

Beide Gesundheitsunternehmen, Charité und Vivantes, sollen die Forschungskooperationen mit regionalen, nationalen und internationalen Pharmaunternehmen ausbauen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass diese größten kommunalen Einrichtungen des deutschen Gesundheitswesens enger miteinander kooperieren. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass ein zukunftsweisendes Konzept für eine effiziente Kooperation und ein gemeinsames strategisches Management erarbeitet werden.

Die SPD wird die Errichtung einer „Medical City“ am Standort Buch vorantreiben, um Kompetenzen in Forschung und Entwicklung zu bündeln. Dadurch fördern wir wissenschaftliche und medizinische Exzellenz, eine bessere Nutzung der Flächen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Ortsteil Karow und der Medizin- und Biotechnologiestandort Buch eine optimale Verkehrsanbindung erhalten. Die SPD setzt sich dafür ein, gemeinsam mit Partnern und der Charité ein Konzept zu entwickeln, um der regionalen Wirtschaft besseren Zugang zur Spitzenforschung zu verschaffen und ihre ökonomische Entwicklung zu stärken.

In Zukunft droht in Gesundheitswirtschaft und -versorgung ein erhöhter Fachkräftemangel. Die SPD tritt dafür ein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um akademisches Fachpersonal für Berlin zu gewinnen. Wir müssen uns aber auch vermehrt um Fachkräfte im Pflegebereich bemühen und das Berufsbild durch geeignete Maßnahmen auch verstärkt für Männer attraktiv gestalten. Vor allem wollen wir die Berufsverweildauer durch angemessene Arbeitsbedingungen erhöhen und das Potenzial an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund besser nutzen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen faire und auskömmliche Löhne erhalten, und die Millionen ehrenamtlich Engagierter brauchen Rahmenbedingungen, die das Engagement würdigen und befördern.

Charité, medizinisches Zentrum von Weltruf

„Medical City“ in Buch – Nutzung von Synergien

Mit besseren Arbeitsbedingungen Fachkräftemangel in Gesundheitswirtschaft und -versorgung beheben

Dauerhafte Arbeit zu angemessenen Löhnen bieten

Dienstleistungssektor als wichtige Säule der wirtschaftlichen Entwicklung

Der Dienstleistungsbereich hat einen unverzichtbaren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. In diesem Sektor entstehen immer mehr Arbeitsplätze, die für die Berlinerinnen und Berliner attraktiv sind. Allerdings müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass diese Arbeitsplätze gute Arbeit bieten, d. h. dauerhafte Arbeit zu angemessenen Löhnen. Sie müssen auch eingebettet werden in ein Umfeld, das durch Weiterbildung und Qualifikationsmöglichkeiten sicherstellt, dass diese Arbeitsplätze zukunftsorientiert ausgestaltet werden und für die Menschen, die diese Arbeit leisten, auch eine Zukunft bieten. Darüber hinaus tritt die SPD für eine umfassende gesellschaftliche Aufwertung der Dienstleistungsarbeit ein.

Bedarfsgerechte Versorgung vor Ort

Personenorientierte Dienstleistungen verbessern: den Dienst am Menschen ausbauen

Berlinerinnen und Berliner sollen auf eine qualitativ hochwertige daseinsorientierte Infrastruktur, Versorgung und Betreuung vertrauen können. Vor allem Kranke, Ältere, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderung brauchen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort.

Um ein qualitativ hochwertiges Angebot sicherzustellen, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte zur Betreuung, Beratung und Pflege von Jung und Alt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die Ausbildung und Weiterbildung sowie die Arbeits- und Beschäftigungssituation derjenigen, die professionell Dienst am Menschen leisten, zu verbessern.

Zentraler Pfeiler bei der Betreuung und Versorgung von Menschen sind auch die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere bei der häuslichen Pflege brauchen pflegende Angehörige mehr und bessere Unterstützung. Die Fürsorge für Angehörige darf gerade für Frauen nicht zur Falle werden, darf sie nicht überfordern oder selbst in Altersarmut treiben.

Um bestehende Lücken im Versorgungsmanagement zu schließen, wollen wir die Pflegestützpunkte mit integrierter Pflegeberatung ausbauen und insbesondere die geriatrische Rehabilitation in mobiler und ambulanter Form fördern.

Bis 2020 mehr als 30 Millionen Übernachtungen in Berlin

Tourismus in der Erfolgsspur

Tourismus bleibt ein wichtiges Wirtschaftsfeld für Berlin. Über 20 Millionen Übernachtungen im Jahr sprechen eine klare Sprache. Wir wollen bis 2020 mehr als 30 Millionen Übernachtungen in Berlin realisieren. Klaus Wowereit hat mit seinem Engagement am Runden Tisch Tourismus für eine kooperative und effiziente Tourismusförderung gesorgt.

Die SPD wird gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden, der Berlin Tourismus Marketing „visitBerlin“ sowie den Berliner Hotels und Gastronomen über die Einführung einer „City Tax“ beraten. Unser Ziel ist, dass die Einnahmen der „City Tax“ direkt in die Förderung des Tourismus zurückfließen. So könnte die Tourismuswerbung „visitBerlin“ auf eine stabile und erfolgsabhängige Grundlage gestellt und ausgebaut werden.

Wir setzen auf den Ausbau der touristischen Stadtentwicklung. Wir investieren in das Stadtmarketing und können so wichtige Großveranstaltungen für Berlin gewinnen. Wir werden die Anwerbung von Messen und Veranstaltungen durch die finanzielle Stärkung der „visitBerlin“ unterstützen. Wir befürworten auch den Bau neuer Hotels und die Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten in Berlin, werden dabei aber auf stadtverträgliche Konzepte achten.

Der Ausbau des Gesundheitstourismus und Fachmessen werden Patienten und medizinische Fachkreise nach Berlin ziehen. Vivantes und die Charité werden dabei unsere Partner sein.

Nachhaltige Technologien und Energie schaffen Arbeit in Berlin

Arbeit und Umwelt sind keine Widersprüche. Die SPD wird aus Umwelt Arbeit schaffen. Dabei werden wir das Berliner Klimaschutzziel konsequent umsetzen.

Energie- und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Unternehmen arbeiten hier führend an den drängenden Problemen unserer Zeit: an einer spürbaren Senkung der CO₂-Emissionen, an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen. Berlin ist schon heute die Hauptstadt nachhaltiger Technologien, von der Energieerzeugung über das Abfallrecycling bis hin zur intelligenten Mobilität. Deshalb werden wir die mit sehr hohen Wirkungsgraden und praktisch schadstofffrei arbeitende sowie dezentral und effizient in vielen Bereichen einsetzbare Brennstoffzellen-Technologie in Berlin gezielt fördern.

Die SPD formt Berlin zu einer „Smart City“ – einer Stadt mit intelligenter Steuerung in Bereichen wie Verkehr, Energie und Verwaltung. So schaffen wir Jobs, verbessern die Information für die Bürgerinnen und Bürger und steigern die Dienstleistungsqualität. Dazu bauen wir die bereits stark aufgestellte Informations- und Kommunikationstechnologie weiter aus. Ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum bündelt Zukunftsthemen wie „Smart Grid“, also ein intelligentes Stromnetz, Photovoltaik und hocheffiziente Turbomaschinen.

Energieeffizienz ist ein Schlüssel zum Wachstum von Industrie und Handwerk. Bei unseren Programmen zur Gebäudesanierung werden wir weiterhin den Schwerpunkt auf Energieeffizienz legen. Zudem gestalten wir die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien nachhaltig. Auch wollen wir das „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, noch weiter ausbauen und mit energetischer Sanierung kombinieren. Eine wichtige Rolle wird dabei die Berliner Energieagentur spielen.

Verkehr und Mobilität intelligent gestalten

Die SPD setzt auf Mobilität in Berlin. Gute Mobilität für alle ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und das Zusammenleben in Berlin. Gleichzeitig leistet der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wichtige Beiträge für Klimaschutz und Ressourcenschonung. Wer Arbeitsplätze in Berlin schaffen will, muss moderne Mobilität in der Stadt schaffen und erproben. Die SPD will Berlin zur Vorreiterin einer nachhaltigen Stadtentwicklung machen.

Verkehr – effizient und ökologisch

Wir bauen dabei auf einen ökologischen Verkehrsmix, regenerative Energien, Ressourceneffizienz und Klimabewusstsein. Die SPD minimiert in Berlin die Belastungen für die Menschen durch die Förderung ökologischer Antriebsarten wie Elektro- und Hybridmotoren.

Einen „Kulturkampf“ gegen das Auto lehnen wir ab. Mit sinnvollen Umgehungsstraßen wie der Tangentialverbindung Ost (TVO) und einer intelligenten Verkehrslenkung sollen insbesondere Wirtschaftsverkehre effektiver und ökologisch verträglicher gestaltet werden. Die intelligente Verkehrslenkung macht dabei den Weg für die „grüne Welle“ frei.

Wir wollen den ÖPNV ökologischer gestalten. Busse und Bahnen werden auf umweltfreundliche Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien umgestellt. Darüber hinaus betreiben wir gemeinsam mit der BVG weiterhin die Grundsanierung und Qualitätsverbesserung von U- und Straßenbahnen.

—
Die SPD wird aus Umwelt Arbeit schaffen

—
Berlin wird zur „Smart City“

—
Vorreiterin einer nachhaltigen Stadtentwicklung

—
Kein „Kulturkampf“ gegen das Auto

Wir fördern den Ausbau der Straßenbahn und werden insbesondere die Tramlinien zum Hauptbahnhof, vom Alexanderplatz bis zum Potsdamer Platz und vom S-Bahnhof Adlershof nach Johannisthal realisieren.

Berlin ist Zentrum der Logistik- und Verkehrssystemtechnik. Die SPD wird diesen Wirtschaftsfaktor unterstützen und enge Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft initiieren.

Umweltfreundliche Verkehrsplanung

Unsere Verkehrsplanung ist umweltfreundlich: Wir fördern öffentliche Verkehrsmittel, vor allem den schienengebundenen Verkehr, sowie den Fuß- und Fahrradverkehr. Wir wollen, dass unsere soziale Infrastruktur für alle mit dem ÖPNV problemlos zugänglich ist. Daher werden wir das Sozialticket dauerhaft sichern. Wir bekennen uns zu einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrsangebot, das die bessere Alternative zum Individualverkehr darstellt.

Wir verbessern die Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit im Straßenraum. Wir werden in den kommenden fünf Jahren mindestens 50 neue U-Bahnhöfe barrierefrei ausbauen.

Erfolgreiche Fahrradstrategie wird weiter umgesetzt

Die SPD wird die erfolgreiche Fahrradstrategie weiter konsequent umsetzen. Wir wollen den schon hohen Anteil an Fahrradverkehr noch weiter ausbauen. Wir führen das Sonderprogramm Verbesserte FußgängerInnenüberwege und Barrierefreiheit im Straßenraum fort. Mit dem „Masterplan Carsharing“ schaffen wir 1.000 zusätzliche Plätze im öffentlichen Raum für die gemeinschaftliche Nutzung von Automobilen.

In allen Wohnstraßen senken wir die Luft- und Lärmbelastungen so ab, dass die Grenzwerte für gesundheitliche Beeinträchtigungen unterschritten werden.

Berlin als Standort der Elektromobilität

In Berlin wurde die Elektromobilität mit der Straßenbahn erfunden und wir werden sie durch verschiedene Verkehrsmittel, wie Auto und Fahrrad, weiterentwickeln. Klaus Wowereit hat den Aufbau Berlins als Zentrum der Elektromobilität vorangetrieben und mit Partnern in der Wirtschaft die Gründung der Agentur für elektrische Mobilität (eMo) angeschoben. Das Land Berlin strebt mit dem Bund und der Industrie eine Zukunftspartnerschaft E-Mobilität an.

Berlin soll als herstellernerutraler Standort in Kooperation mit Industrie, Forschung und Bundesregierung zu einem Zentrum der Mobilität entwickelt werden. Unsere Stadt wird dabei zur Vorreiterin in der Anwendung und zur Anbieterin modernster Antriebs- und Batterietechnik entwickelt. Im Steuerungskreis Industriepolitik wird Klaus Wowereit die Standortwerbung in Abstimmung mit den Partnern der Wirtschaft und Gewerkschaften weiter vorantreiben.

100.000 Elektroautos in Berlin bis 2020

Bis 2020 sollen 100.000 Elektroautos in Berlin fahren. Berlin wird damit zum Showroom für Elektromobilität. In Tegel und Tempelhof wollen wir Produktion und Test von Komponenten moderner Antriebe konzentrieren. Die Technische Universität, die Beuth-Hochschule und andere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind dabei wichtige Partner.

Die SPD wird die Lade-Infrastruktur in Berlin für E-Autos im öffentlichen Straßennetz und auch in Tiefgaragen verbessern. Wir werden sicherstellen, dass im Jahre 2020 schnelles Aufladen in allen Teilen der Stadt barrierefrei möglich wird. Dazu werden wir auch Carsharing-Modelle unterstützen. Die Bezirke sind gefragt, stadtweite Modelle dafür zu flankieren.

Klimaschutz und Energieeffizienz

Berlin 2050 – eine nahezu CO₂-neutrale Stadt

Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, betreibt die SPD einen aktiven Klima- und Ressourcenschutz. Wir haben bereits das Berliner Klimaschutzziel definiert und können bis 2020 eine CO₂-Reduktion von 40 % erreichen. Zusätzlich wird die SPD stufenweise den Berliner Klimaplan 2050 umsetzen: Durch ihn wird Berlin 2050 eine nahezu CO₂-neutrale Stadt.

Schrittweise passen wir unsere Stadt an die Folgen des Klimawandels an. Dazu gehört, das Grün in der Stadt zu erhalten und es vor allem in den verdichteten Quartieren auszubauen.

Den Atomausstieg durchsetzen!

Die SPD bekennt sich zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie und wird dafür sorgen, dass im öffentlichen Bereich weiterhin kein Atomstrom verwendet wird. Um Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse zum Durchbruch zu verhelfen, werden wir auch von Berlin aus alles unternehmen, um den Atomausstieg voranzutreiben.

Der Stresstest hat gezeigt, dass auch deutsche AKW erhebliche Sicherheitsmängel haben. Wir lehnen deshalb ein Wiederanfahren der abgeschalteten Altmeiler strikt ab. Eine einfache Abkehr vom Atomstrom ist jedoch nicht ausreichend. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der Atomausstieg mit einem Ausbau regenerativer Energien einhergeht.

Ökologisch orientierter Energiemix

Wir setzen auf einen ökologisch orientierten Energiemix, damit Energiesicherheit hergestellt ist. Wir erhöhen bei der Stromversorgung schrittweise den Anteil an erneuerbaren Energien und setzen auf die öffentlichen Wohnungen und Liegenschaften als Vorreiterinnen. Bis 2050 muss die Stromversorgung in Deutschland auf erneuerbare Quellen umgestellt sein. Die Förderung regenerativer Energien, Energieeffizienz und -einsparung dienen der nachhaltigen Entwicklung des Klimaschutzes. Gemeinsam mit den Partnern am Standort und den betroffenen Arbeitnehmervertretern wird die SPD die dafür notwendigen technischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen vornehmen.

Die Berliner SPD misst der Energiewirtschaft einen hohen Stellenwert zu. Wir wollen die Versorgung der Privathaushalte und der Wirtschaft mit bezahlbarer Energie sicherstellen. Unsere Energiepolitik werden wir mit den Partnern am Berliner Standort entwickeln. Die Klimapartnerschaften mit den Unternehmen bauen wir weiter aus.

Wir wollen die Energienetze von Strom, Wärme und Gas in die Kontrolle der öffentlichen Hand überführen. Die Netze als Kern unserer Versorgungsinfrastruktur und Garant der Energiesicherheit müssen dabei in einem guten Zustand erhalten werden. Die Dezentralisierung der Energieversorgung sorgt dafür, dass Monopole durchbrochen werden und wohnortnahe Energieversorgung sichergestellt wird.

Durch den Aufbau landeseigener Berliner Stadtwerke als Teil der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge werden wir öffentliche Kontrolle über Energienetze ausüben und haben eine bessere Möglichkeit der ökologischen Lenkung. Deren Aufgaben sind – neben Vertrieb und Erzeugung – Beratungs- und Finanzierungsleistungen für ein effizientes Energiemanagement. Öffentliche Betriebe wie die Berliner Stadtreinigung werden wir in diesen Prozess einbinden.

Nachhaltige Liegenschafts- und Immobilienpolitik

Die SPD formuliert für Berlin das Leitbild der nachhaltigen Stadt. An diesem Leitbild wird die Liegenschafts- und Immobilienpolitik des Senats ausgerichtet. Die Vermarktung und Entwicklung landeseigener Grundstücke muss an ökologischen und nachhaltigen Zielen orientiert sein. Wir machen Investoren verbindliche Auflagen, etwa zu energieeffizientem Bauen, dem Einsatz regenerativer Energien oder der Entsiegelung des Bodens.

**Kein Wiederanfahren
abgeschalteter Altmeiler**

**Aufbau der landeseigenen
Berliner Stadtwerke**

**Berlin ist die Hauptstadt
der Kreativwirtschaft**

Kreatives Wirtschaften

Klaus Wowereit und die SPD haben 2001 die Weichen gestellt, um Berlin zur Hauptstadt der Kreativwirtschaft zu entwickeln. Heute arbeiten allein in der Kreativwirtschaft, in Medien, Musik und Film, der digitalen Wirtschaft und den Kulturberufen über 150.000 Berlinerinnen und Berliner. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen und Strukturen schaffen, in der sich kreatives Wirtschaften noch besser entwickeln kann. Dazu wird der Senat einen einheitlichen Ansprechpartner für Medien und Kreativwirtschaft direkt beim Regierenden Bürgermeister schaffen.

Das Medienboard Berlin-Brandenburg werden wir weiterhin finanzieren und gemeinsam mit Brandenburg zur Förderung der Kreativwirtschaft ausbauen. Die SPD wird die Kreativwirtschaft intensiver in die Berliner Förderprogramme einbeziehen. Brachliegende innerstädtische Immobilien sollen kreativwirtschaftlich erschlossen werden.

**Co-Working-Arbeitsplätze
für kleine Selbständige**

Die SPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem fördern wir die soziale Sicherheit für Kreative und Künstlerinnen und Künstler. Die SPD steht zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In den kommenden Jahren wollen wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Förderbedingungen für Nachwuchsproduzenten zu verbessern. Wir wollen bereits existierende Mikrokreditprogramme und Kreativfonds flexibler gestalten und ausbauen, so dass sie von Kreativschaffenden besser genutzt werden können. Zur Unterstützung der kreditvergebenden Institutionen will die SPD ein jährlich wechselndes Expertenkonsortium einsetzen, das mit Kompetenz und ohne Eigeninteressen bei der Kreditvergabe berät und begutachtet.

Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft bestehen oft kurzfristige Finanzierungsbedarfe, die von den Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen oft nicht abgedeckt werden können. Um die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Kleinstunternehmerinnen und Kleinstunternehmer zu stärken, wollen wir für alle Teilbranchen den Zugang zu Zwischenfinanzierungen erleichtern, wie dies bereits erfolgreich für die Film- und Games-Branche praktiziert wird.

Die SPD setzt sich für eine digitale Plattform für Kreativschaffende ein, die über bestehende Rechte und Pflichten informiert. Wir wollen den Dialog erleichtern zwischen der Kreativwirtschaft und den Behörden. Gerade auch die Musikclubs als integraler Bestandteil der Berliner Kulturszene und wichtiger Wirtschaftsfaktor sollen erhalten und gestärkt werden.

**Standort Nr. 1
in der Filmproduktion**

Film und Fernsehen

Wir wollen Berlin zum Standort Nr. 1 in der Filmproduktion in Deutschland ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir den Förderrahmen gemeinsam mit Brandenburg weiter erhöhen. Die vielfältige Kinolandschaft in Berlin ist ein wichtiger Standortfaktor und unverzichtbarer Bestandteil der Kulturlandschaft und muss erhalten bleiben. Deshalb ist das Programm zur Umstellung auf digitale Technik in den Programmkinos fortzusetzen. Auch in der Fernsehproduktion sollen Entwicklungschancen genutzt werden, etwa durch Bereitstellung innovativer Studioräume.

Rundfunk neu ausrichten

Bei der Umstellung der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag unterstützt die SPD das zwischen den Anstalten verabredete Beitragsmoratorium. Für den Strukturausgleich zwischen den Anstalten der ARD muss für die laufende Gebührenperiode eine mindestens vorläufige Lösung gefunden werden, die die vom RBB nicht zu vertretenden Befreiungen und Forderungsausfälle ausgleicht.

Wir wollen weiter den nichtkommerziellen regionalen Funk besonders im Hinblick auf innovative Plattformen und Formate fördern. Dazu soll in den Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg eine klare Rechtsgrundlage eingefügt werden.

Berlin als Stadt der modernen Verwaltung

Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben viel geleistet zur Haushaltskonsolidierung des letzten Jahrzehnts. Durch den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst und die Rückkehr in das Tarifgefüge der Länder zeigten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue Perspektiven auf.

Nun kommen neue Herausforderungen auf den Öffentlichen Dienst zu. Der demografische Wandel bedingt, dass mit dem Ausscheiden langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertvolle Erfahrungen und Sachkenntnisse verloren gehen. Die so entstehende Lücke kann nur schwerlich geschlossen werden. Zunehmender Fachkräftemangel und der Wettbewerb mit dem Bund um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschweren die personelle Rekrutierung. Deshalb brauchen wir neue, zukunftsorientierte Strukturen für die Verwaltung des Landes Berlin.

In den kommenden Jahren will die SPD qualitative Verbesserungen erreichen: Wir brauchen eine aufgabengerechte Personalentwicklung und eine Offensive für Weiterbildung und Qualifizierung. Nur gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können Verwaltung innovativ voranbringen und Zukunftsprojekte umsetzen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalräten wollen wir die Arbeitszeitmodelle überprüfen, um zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Öffentlichen Dienst zu gelangen.

Parallel soll eine Aufgabenkritik erfolgen, deren Ergebnisse zügig umgesetzt werden. Dies kann dann auch dazu führen, dass bestimmte Bereiche nicht ab-, sondern aufgebaut werden. Ziel der SPD ist eine Verwaltungsmodernisierung bis 2020. Wir stellen zwei Bereiche in den Mittelpunkt unserer Bemühungen: die interne Organisation und die Personalentwicklung. In die Gestaltung dieser Entwicklungsprozesse wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Personalräte und Gewerkschaften verstärkt einbinden und sie so motivieren, an der Weiterentwicklung einer modernen Verwaltung in Berlin mitzuwirken.

Die interne Organisationsstruktur wollen wir durch die kritische Überprüfung bislang durchgeführter Modernisierungsvorhaben, den Abbau unnötiger Doppelstrukturen und die gemeinsame Organisation gleichartiger Aufgaben sowie weitere Aufgabenkritik verbessern. Zusätzlich werden wir vermehrt moderne Controlling- und Steuerungselemente verwenden, flexible Organisationsstrukturen aufbauen und integrative, ressort- und ebenenübergreifende Arbeitsformen weiterentwickeln. Dazu gehört auch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz und der Europafähigkeit der Verwaltung. Sprachkompetenz und Kenntnisse über europäische Entscheidungsprozesse sind zu fördern, Entsendungen nach Brüssel dürfen keine Einbahnstraße sein, sondern müssen im Gegenteil die Karrierechancen fördern.

In der Personalentwicklung wollen wir die Besetzung der als notwendig erachteten Stellen ermöglichen. Rotationsmöglichkeiten sollen intensiver genutzt werden. Bedarfsgerechte Einstellung bedeutet für die SPD eine bedarfsgerechte Stellenausstattung für die nach der Aufgabenkritik als Kernaufgaben öffentlicher Verwaltung identifizierten Bereiche. Darüber hinaus planen wir den Ausbau bestehender Weiterbildungsmöglichkeiten.

Neue, zukunftsorientierte Strukturen für die Berliner Verwaltung

Stärkung von interkultureller Kompetenz und Europafähigkeit

Bedarfsgerechte Einstellung und Ausstattung

Die SPD setzt sich für ein modernes Personalmanagementkonzept für den Öffentlichen Dienst ein. Wir wollen junge Menschen für den Öffentlichen Dienst begeistern und dort ausbilden. Dabei setzen wir auf eine zielorientierte Personalbedarfsplanung als Antwort auf den demografischen Wandel. Zeitarbeitsverträge werden auf das absolut notwendige Maß beschränkt. Für Daueraufgaben werden ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unbefristeten Arbeitsverträgen eingesetzt. Zeitarbeitsverträge werden nach diesen Vorgaben befristet.

Die SPD wird sicherstellen, dass die verwaltungsinternen Informations- und Leistungsprozesse durch den weiteren Ausbau informationstechnischer Dienste und Verfahren unterstützt werden. Die Bereitstellung und der Betrieb der dafür erforderlichen Infrastruktur sind ökologisch und ökonomisch nach dem neuesten Stand zu gewährleisten.

**Ein starkes Berlin
braucht starke Bezirke**

Ein starkes Berlin braucht starke Bezirke. Die SPD steht für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Berlin und eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke. Das heißt, sie erhalten für die ihnen übertragenen Aufgaben ausreichende Mittel, um den Geschäftsanfall in guter Qualität zu erledigen. Dies betrifft insbesondere auch soziale Transferausgaben. Ihre Finanzierung darf nicht auf Kosten anderer bezirklicher Aufgaben erfolgen. Deshalb werden wir das Prinzip des Wertausgleichs weiter stärken.

Demokratische Politik braucht Entscheidungsspielräume auf der Bezirksebene, denn vor Ort muss eigenverantwortlich gesteuert werden können. Um die Einheitlichkeit der Stadt sicherzustellen, sind bei zentralen Aufgaben Mindeststandards festzulegen, ohne die Spielräume für die bezirkliche Politik dadurch völlig einzuengen.

Politik und Verwaltung sollen sich in besonderem Maße den Kriterien des „Open Governments“, also der weiteren Öffnung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, verschreiben. Wir wollen, dass Informationen und Dienste der Verwaltung umfassend, aktuell, vollständig und barrierefrei online verfügbar gemacht werden. Dies trägt zu mehr Transparenz und Teilhabe bei und fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche.

**Erhöhung der Servicequalität
des Öffentlichen Dienstes**

Unsere Verwaltungsmodernisierung wird die Serviceorientierung des Öffentlichen Dienstes nochmals deutlich erhöhen. Für Bürgerinnen und Bürger soll durch einheitliche Anlaufstellen, feste Ansprechpartner und den Ausbau der Bürgerämter die Zusammenarbeit mit Ämtern und Behörden erleichtert werden. Auch die Berliner Ausländerbehörde soll in diese Organisationsentwicklung mit einbezogen werden.

Netz- und Medienpolitik der Zukunft

Eine moderne Netz- und Medienpolitik ist für die digitale Zukunft Berlins eine unverzichtbare Voraussetzung. Unsere Politik richtet sich auf die Stärkung der Freiheitsrechte und den Schutz der persönlichen Daten im Internet. Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft.

Der Schutz des geistigen Eigentums von künstlerisch oder wissenschaftlich tätigen Urhebern steht in der digitalen Welt vor völlig neuen Herausforderungen. Die SPD sieht sich als Anwalt aller schöpferisch und kreativ Tätigen. Die SPD will deshalb ein modernes Urheberrecht, das einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Verwerter und Konsumenten schafft. Wir wollen darüber hinaus nach Wegen suchen, die Verwertungsrechte freier Journalisten zu stärken. Die Initiative der derzeitigen Bundesregierung für ein besonderes Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnt die SPD ab. Die Netzneutralität muss gewährleistet sein: Wenn nötig, werden wir eine Bundesratsinitiative starten, um sie rechtlich abzusichern.

Weiterhin setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Bereich der Neuen Medien tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz ist bundesweit vorbildlich. Trotzdem werden wir es kontinuierlich weiterentwickeln. Öffentliche Daten, wie zum Beispiel Grunddaten, machen wir so weit wie möglich transparent und richten Schnittstellen zur Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger ein.

Überdies lehnt die SPD Online-Durchsuchungen im Land Berlin ab.

Im Bundesrat werden wir uns für eine Überarbeitung des Bundesdatenschutzgesetzes einsetzen. Unternehmen sollen beim Umgang mit Daten klaren Regelungen unterliegen, die die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger respektieren. Wenn Firmen über einen längeren Zeitraum persönliche Daten sammeln, sollen diese den Betroffenen im Rahmen eines Datenbriefs jährlich einmal mitgeteilt werden. Daten müssen nach einer Ablauffrist gelöscht werden. Wir werden uns auch für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz einsetzen.

Die SPD will die Vernetzung Berlins aktiv vorantreiben. Wir entwickeln berlin.de als zentrales Informations- und Kommunikationsportal der Hauptstadt weiter und ermöglichen für Bürgerinnen und Bürger, für Besucherinnen und Besucher sowie für Unternehmen einen schnelleren und direkten Zugang. Möglichst in Kooperation mit berlin.de schaffen wir ein Soziales Netzwerk für Berlin, das Unternehmen, Vereine und Privatpersonen in unserer Stadt vernetzt. Dabei werden wir die höchstmöglichen Datenschutzstandards mit modernen Funktionen sozialer Netzwerke verbinden.

Wir werden den Aufbau eines kostenfreien WLAN-Netzes an zentralen Orten vorantreiben. Wir fördern die Auseinandersetzung mit dem Internet bereits in der Schule. Jedes Kind soll schon in der Schule lernen: „Meine Daten gehören mir.“ Die Rahmenlehrpläne müssen sicherstellen, dass Kindern Chancen und Gefahren im Netz hinreichend vermittelt werden. Um die Ausstattung der Schulen mit Computern zur bedarfsgerechten Medienbildung zu verbessern, bauen wir die Kooperation mit Privaten aus.

Stadt der Wissenschaft

Die Berliner Wissenschaft soll Spitzenleistungen erbringen und gleichzeitig ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Die SPD will ein gebührenfreies und demokratisches Hochschulwesen. Dazu brauchen wir die Mitbestimmung aller Hochschulmitglieder an den Entscheidungsprozessen.

Wir erhöhen die Zahl der Studienplätze, um mehr Berliner Abiturientinnen und Abiturienten die Chance auf einen Studienplatz zu geben und um Berlins kulturelle und ökonomische Attraktivität zu unterstützen. Dies dient auch der Vorbereitung auf erhöhte Schulabgangszahlen im doppelten Abiturjahrgang 2012. Das Hochschulstudium ist ein zentraler Schlüssel für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe. Darum werden wir die Hochschulen für einen weiteren Bevölkerungskreis öffnen. Berufstätige – auch ohne Abitur – sollen wertvolle Erst- oder Zweitqualifikationen erwerben können. Zudem wollen wir die Kooperation mit Brandenburg weiter ausbauen und Wissenschaftseinrichtungen zusammenführen.

Die SPD setzt im Wissenschaftsbereich auf einen weiteren Ausbau und zusätzliche Investitionen. Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik garantiert dabei weiterhin die Gebührenfreiheit an den Hochschulen, baut soziale Zugangshürden auf dem Weg zum Studium ab und fördert gleichzeitig die Spitzenforschung.

**Bundesweit vorbildliches
Informationsfreiheitsgesetz**

**Kostenfreies WLAN-Netz
an zentralen Orten**

**Berliner Hochschulen –
gebührenfrei, demokratisch
und exzellent**

Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich Qualifizierte ohne Abitur ist es unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der Praxis zu erleichtern. Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge.

Das Lehr- und Lernangebot muss stärker auf die Bedürfnisse von Teilzeitstudierenden ausgerichtet werden. Wir werden die Entwicklung dualer und trialer Ausbildungs- und Studiengänge weiter fördern.

Darüber hinaus will die SPD verhindern, dass am Übergang zwischen Bachelor- und Masterstudium eine neue Bildungshürde entsteht. Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten – aber auch das Studium in der Masterphase fortsetzen können. Für Berufe, die einen Masterabschluss zwingend voraussetzen, wollen wir eine Garantie auf einen Masterstudienplatz geben.

Wir verbessern die Qualität des Studiums

Zudem wollen wir die Qualität des Studiums weiter verbessern. Die Zahl der Studienabbrecher soll reduziert, die Zahl der Absolventen in den Studiengängen erhöht, die Lebenssituation von Studierenden stärker beachtet und die Studiengestaltung reformiert werden. Vor allem in den Lehramtsstudiengängen muss die Praxisnähe der Ausbildung verstärkt werden, um angehende Lehrerinnen und Lehrer erfolgreich auf ihren Beruf vorzubereiten. Um der veränderten Schulstruktur Rechnung zu tragen, wollen wir die Lehramtsausbildungen harmonisieren. Der Ausbau von Studienplatzkapazitäten im Lehramtsstudium wird insbesondere in Mangelfächern vorangetrieben. Überdies wollen wir das Studentenwerk stärken und die Anzahl von Studentenheimwohnungen erhöhen.

Außenwirtschaftsstrategie und Ansiedlungen für Berlin

Um langfristig wirtschaftlich erfolgreich zu sein, muss Berlin attraktiv für Ansiedlungen sein. Die Wirtschaft der Stadt muss eingebunden sein in den Export und internationale Wertschöpfungsketten. Gerade für Unternehmen des europäischen, asiatischen und arabischen Raumes ist Berlin attraktiv. Dazu hat auch die weltoffene und kreative Ausstrahlung der Stadt erheblich beigetragen.

Internationale Anwerbung von Unternehmen stärker bündeln

Um diese Entwicklung zu verstärken, strebt die SPD eine neue Außenwirtschaftsstrategie für Berlin an. Um den Außenhandel, die offensive Anwerbung von Unternehmen sowie die Vernetzung international tätiger Berliner Unternehmen zu koordinieren und zu verbessern, werden die bestehenden Angebote zur Anwerbung von Unternehmen aus dem Ausland stärker gebündelt und aufeinander abgestimmt. Neben Standortmarketing und Ansiedlungswerbung sollen auch die internationalen Netzwerke der Berliner Forschungseinrichtungen Träger der Strategie sein.

Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen muss der Ausbau der Exportpotenziale der Berliner Wirtschaft durch die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund der Bemühungen stehen. Eine besondere regionale Bedeutung kommt dabei den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie dem asiatischen und arabischen Raum zu. Die erfolgreiche „Oder-Partnerschaft“ Berlins mit drei Bundesländern und vier westpolnischen Wojewodschaften unterstreicht die Bedeutung und das Potenzial, die in der Kooperation mit unseren osteuropäischen Nachbarn und insbesondere mit unserem Nachbarland Polen liegen.

Die Berliner Unternehmen selbst – und ehemalige Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich für Berlin engagieren wollen – sind die Träger der Außenwirtschaftsaktivitäten des Landes. Die SPD will sie – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – als Partner der Stadt und „Botschafter der Berliner Wirtschaft“ gewinnen.

Gute Arbeitsplätze für Berlin

Die SPD will zukunftsfähige Arbeitsplätze – für jede Berlinerin und jeden Berliner. Gute Arbeit ist die sozialdemokratische Antwort auf den Wandel der Wirtschaft. Gerechte und existenzsichernde Löhne, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherheit, Aufstiegsperspektiven, Gleichstellung und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen im Einklang mit der modernen Arbeitsgesellschaft und bilden ihre Grundlage in Bezug auf Motivation und Zukunftsfähigkeit. Die SPD will gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitnehmerrechte stärken. Wir wenden uns gegen ausufernde Leiharbeit, immer mehr befristete Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbständigkeit und schlecht bezahlte Praktika.

Wir entwickeln das Ausschreibungs- und Vergabegesetz weiter, um durch den öffentlichen Sektor gute Arbeit fester zu verankern. Bundesweit fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz entsprechend anpassen. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen unterstützen wir. Wir setzen uns für eine Reform der europäischen Entsenderichtlinie und des europäischen Vergaberechts ein mit der Verpflichtung, die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen sowie weitere soziale Kriterien zu binden. Die SPD tritt ein für den Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dies gilt auch und gerade für die Gleichstellung von Leiharbeit mit regulären Arbeitsverhältnissen.

Berlin soll Vorreiterin bei den beruflichen Aufstiegschancen von Frauen sein. Das ist nicht nur gleichstellungspolitisch geboten, sondern erhöht auch die Attraktivität der Berliner Unternehmen für (weibliche) Fachkräfte und stärkt damit den Wirtschaftsstandort. In Ermangelung verpflichtender bundesgesetzlicher Vorgaben bei den landeseigenen Betrieben hat Berlin bereits eine Frauenquote von 50 % realisiert. Die SPD wird in der kommenden Legislaturperiode ein Bündnis für Gleichstellung mit verantwortungsvollen Berliner Unternehmen schließen. Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, der Aufstellung verbindlicher Frauenförderpläne sowie der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit. Der Berliner Senat wird sich zudem für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote von 40 % in Aufsichtsräten und Vorständen einsetzen.

Die SPD steht für fairen Wettbewerb. Wir treten allen Formen der Schwarzarbeit entschlossen entgegen und wollen sie eindämmen. Dazu werden wir die Zusammenarbeit der Behörden verbessern. So schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und bewahren die Sozialsysteme vor Missbrauch. Es darf nicht sein, dass durch Schwarzarbeit Wettbewerbsvorteile zu Lasten anderer erzielt werden.

Gute Ausbildung

Gute Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Wir werden die Bekämpfung des Fachkräftemangels in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunkt unserer Bildungspolitik machen. Die SPD Berlin setzt sich für Verbesserung der beruflichen Bildung und Ausbildung ein. Ausbildung in Berlin muss zum Leuchtturm werden. Unsere Berufsschulen sollen im ganzen Land und bei den Betrieben einen exzellenten Ruf erhalten.

Zukunftsfähige Arbeitsplätze für alle mit existenzsichernden Löhnen

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro

Bündnis für Gleichstellung mit Berliner Unternehmen

Entschlossen gegen Schwarzarbeit

Schwerpunkt Aus- und Weiterbildung

**Wir halbieren die Zahl
der Schulabbrüche**

Kein junger Mensch soll ohne Ausbildung bleiben. Wir werden die Zahl der Schulabbrüche in den kommenden fünf Jahren halbieren. Gerade im Öffentlichen Dienst und bei den landeseigenen Betrieben werden wir mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Vorderstes Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen zu verringern, die in Warteschleifen auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Hier wird auch die vollzeitschulische Ausbildung einen wichtigen Teil dazu beitragen müssen, dass alle Jugendlichen, die es wollen, eine abgeschlossene Ausbildung erhalten.

**Duales System: Grundlage
für volle Berufsfähigkeit**

Wir setzen dabei auf die duale Berufsausbildung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Sicherung des qualifizierten Nachwuchses. Die Kombination aus Theorie und Praxis in Berufsschule und Betrieb ermöglicht die volle Berufsfähigkeit. Jeder Jugendliche kann so das individuell höchstmögliche Qualifikationsniveau erreichen. Durch den Ausbau und die Stärkung der Verbundausbildung werden Betriebe unterstützt, sich zu Ausbildungsbetrieben weiterzuentwickeln. So können genügend Fachkräfte für Wirtschaft, Gesundheitswesen und Pflege ausgebildet werden.

Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung – gerade für Alleinerziehende – flexibilisieren wir die Öffnungszeiten von Krippen und Kindergärten und fordern von den Unternehmen mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform. Wo nötig werden wir sie gemeinsam mit den Kammern und der Arbeitsagentur dabei unterstützen.

**Mit mehr Ausbildungsplätzen
dem Fachkräftemangel vorbeugen**

Berliner Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Ausbildung. Dennoch fordern wir mehr Ausbildungsplätze, damit die Wirtschaft ihren eigenen Fachkräftebedarf absichern kann. Dies gilt insbesondere für die Jahre 2012 und 2013, wenn der doppelte Abiturjahrgang eine Perspektive, nicht nur in den Hochschulen, sondern auch auf dem Ausbildungsmarkt, sucht. Bei diesem Vorhaben werden wir kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe tatkräftig unterstützen. Mit attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten können Unternehmen leistungsstarke Jugendliche an sich binden. Wir appellieren an die Unternehmen, junge Menschen mit geeigneten Maßnahmen zu qualifizieren, anstatt über mangelnde Ausbildungsreife zu lamentieren. Auch behinderten Jugendlichen möchten wir durch berufliche Integration mehr Chancen eröffnen.

Wir sehen besonders am Übergang von Schule in Ausbildung erhöhten Handlungsbedarf. Das unübersichtliche Übergangssystem muss effizienter werden: Niemand soll mehr in der Warteschleife nicht-zielgerichtete Maßnahmen durchlaufen! In Zukunft setzen wir auf die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche, die sich bundesweit als sehr förderlich für den Übergang in die Ausbildung erwiesen hat.

Die SPD will Berufsausbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in möglichst allen Betrieben erweitern. Der Öffentliche Dienst nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Bei Bedarf sollen Jugendliche und Ausbildungsbetriebe gezielt unterstützt werden. Teilqualifikationen werden wir anrechnen.

**Patenschaften zwischen
Schulen und Unternehmen**

Als Partner der Wirtschaft begleiten wir Jugendliche bestmöglich durch die Ausbildung und bieten Hilfestellungen an, auch um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Jede Schule soll eine Patenschaft mit einem Unternehmen eingehen, um die Netzwerke zwischen Schule und Betrieb auszubauen.

Weiterbildung muss gestärkt werden. Wir nehmen die Unternehmen in die Verantwortung, ihre Angestellten dabei finanziell zu unterstützen. Im Sinne des Konzepts Lebenslanges Lernen gilt das gerade auch für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Allen Menschen soll vor dem Hintergrund ihrer individuellen Berufs- und Lebenserfahrungen altersunabhängig ein optimaler Bildungsprozess ermöglicht werden. Der Senat soll mit Hochschulen, Wirtschaft, Verbänden und Bildungsträgern weitere branchenspezifische Angebote entwickeln.

Aktive Arbeitsmarktpolitik sorgt für Teilhabe am Aufschwung

Die SPD Berlin steht für eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. Wir wollen allen Menschen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Qualifizierung und Arbeitsmarktpolitik müssen Chancen erhöhen und Arbeitslosen eine Brücke zum Arbeitsmarkt bauen.

Wir setzen alles daran, dass wieder mehr Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und sie am Aufschwung Berlins teilhaben. Dafür stellt die Berliner SPD die Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren neu auf. Wir planen eine große Reform der Jobcenter, denn sie arbeiten dann erfolgreich, wenn sie bürgernah, effizient und unbürokratisch sind. Die Jobcenter in Berlin sollen dezentraler arbeiten, kleiner werden und näher am Menschen sein.

Dazu werden wir gemeinsam mit der Arbeitsagentur ein „Modellprojekt für Muster-Jobcenter“ in einigen Bezirken aufstellen. Hier werden die Jobcenter in die Kieze verlagert, verkleinert und kundennäher aufgestellt. Modellhaft wird Bürokratie abgebaut und eine persönliche Betreuung sichergestellt. Der Betreuungsschlüssel zwischen Vermittlern und Arbeitslosen wird verbessert. Denn dort, wo sich Menschen um Menschen kümmern, gelingt auch die Arbeitsvermittlung besser.

Sinnvolle öffentliche Beschäftigung ist nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Gemeinwohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Denn wir wollen sie zielgenauer ausrichten und den Anteil an Qualifizierung erhöhen, damit die aktive Arbeitsmarktpolitik Brücken zum ersten Arbeitsmarkt baut. Wir wollen neue Modelle der Arbeitsmarktintegration jenseits der bestehenden entwickeln.

Unser Ziel sind Arbeitsmarktprojekte, die an bestehenden Einrichtungen ansetzen, Kontakt zum ersten Arbeitsmarkt herstellen und qualifizieren. Gleichzeitig werden wir die landeseigenen Betriebe stärker in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbinden. Die SPD Berlin setzt sich für die Gründung von Dienstleistungsagenturen ein. So entstehen Arbeitsplätze für wohnortnahe und personenbezogene Dienstleistungen. Hier sind beispielsweise Hausmeisterinnen und Hausmeister beschäftigt, die bei Dingen des täglichen Bedarfs helfen und gleichzeitig qualifiziert werden. Sie können an Hausverwaltungen und -eigentümer vermittelt werden, um den „Klebeffekt“ zu erhöhen.

Wir wollen mehr Transparenz über besetzbare Stellen und ihre Qualifikationsniveaus auf dem Berliner Arbeitsmarkt schaffen. Dadurch erkennen wir, ob gut qualifizierte Arbeitskräfte ein höheres Qualifikationsniveau belegen können. So werden Arbeitsplätze frei, die von bisher Arbeitslosen nach Einarbeitung oder Qualifizierung belegt werden. Diese Aufrückstrategie kann die steigende Nachfrage nach höherer Qualifikation befriedigen. Wir wollen diese Strategie durch systematische und abgestimmte Qualifizierung für den Arbeitsmarkt flankieren.

Außerdem wollen wir, dass mehr Informationen über die Arbeitsbedingungen gemeldeter offener Stellen, das jeweilige Qualifikationsniveau und die Entlohnung nach Tarif oder unter Tarif angegeben werden.

Die Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 1. Mai 2011 ist eine große Chance für den Arbeitsmarkt in Berlin. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Freiheit nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, sondern alle davon profitieren können – Unternehmen wie Beschäftigte. Wir wollen Lohndumping und Ausbeutung vermeiden und soziale Sicherheit gewährleisten und setzen uns daher für einen gesetzlichen Mindestlohn, gute Beratung insbesondere von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und eine effektive Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung ein. Die vorbildlichen Initiativen des Berliner Senats zur Bekämpfung von Menschenhandel werden wir fortsetzen, den Betroffenen Schutz und Hilfe geben und jede Form der Ausbeutung konsequent verfolgen.

Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik

Modellprojekt Kiez-Jobcenter

Ziel ist die Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt

Lohndumping und Ausbeutung vermeiden – soziale Sicherheit gewährleisten

4. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.

**Für ein solidarisches Miteinander
und Teilhabe am gesellschaftlichen
Leben**

Die Sozialdemokratie steht für das solidarische Miteinander aller Berlinerinnen und Berliner. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soll allen offenstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen viele Politikfelder bearbeitet und vernetzt werden.

Der zweite Schwerpunkt unseres Wahlprogrammes ist sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle. Er hat für uns herausragende Bedeutung. Dieses Querschnittsthema reicht in viele Bereiche der Politik: Die Bildungspolitik an erster Stelle, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gehören eng dazu. Die Stadtentwicklungspolitik, die Gleichstellung, die Politik für Migrantinnen und Migranten ebenso wie die Sport- und die Kulturpolitik leisten wichtige Beiträge, dieses Ziel zu erreichen.

**Integrierte Stadtentwicklungs-
politik durch Bündelung
der Ressourcen im Sozialraum**

Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, wie sie schon in der Sozialraumorientierung und in den „Aktionsräumen Plus“ Realität geworden ist, ist der richtige Weg: Bündelung der Ressourcen im Sozialraum, um mehr und angemessenere Angebote für die Menschen vor Ort bereitzustellen.

Bildung bleibt Mittelpunkt

Für die SPD Berlin hat Bildung weiterhin eine hohe Priorität. Denn nur durch Bildung können Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden. Mit den gebührenfreien letzten drei Kitajahren, den Schulreformen und dem gebührenfreien Studium haben wir schon wesentliche Eckpunkte gesetzt, deren Ergebnisse sich erst in der nächsten Legislaturperiode voll entfalten werden.

**Schul- und Sportstättenanierung
wird fortgesetzt**

Wir werden weiter daran arbeiten, dass alle Schulen in einem baulich guten Zustand sind. Investitionen, Mittel der baulichen Unterhaltung und das Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm werden zu diesem Zweck weiterhin zielgenau eingesetzt. Dabei wird die energetische Sanierung ein Schwerpunkt sein, auch nachhaltig Betriebskosteneinsparungen zu erreichen.

Schule der Chancengleichheit

**Abbau von herkunfts-
bedingten Ungleichheiten**

Die SPD steht für Chancengleichheit im Bildungssystem. Im Berliner Schulsystem wollen wir die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen. Durch das mit der Einführung der Integrierten Sekundarschule verbundene längere gemeinsame Lernen wird es mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem geben, weil die Sekundarschulen die Voraussetzung dafür bieten, alle jungen Menschen nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern.

Durch die Einführung der Sekundarschule und der Gemeinschaftsschulen haben wir erreicht, dass alle jungen Menschen die Chance auf ein Abitur erhalten. Individueller Lernerfolg und sozialer Zusammenhalt gehen bei uns Hand in Hand. Durch moderne Schulen, die mit Kitas, Jugendämtern, Sportvereinen, Musikschulen oder Stadtteilinitiativen kooperieren, fördern wir die Integration im Kiez. Berlin ist schon jetzt Vorreiterin bei der Ganztagsbetreuung, alle Integrierten Sekundarschulen sind Ganztagschulen.

**Neues Schulsystem schafft
Chancengleichheit – keine
neuen Strukturreformen**

Die SPD plädiert daher für einen Berliner Schulfrieden: Mit dem zweigliedrigen Schulsystem aus Sekundarschulen und Gymnasien haben wir endlich eine Schulstruktur, in der alle Kinder besser gefördert werden und jeden Schulabschluss erreichen können. Die Gemeinschaftsschulen bilden ein zusätzliches Angebot für gemeinsamen Unterricht ab der ersten Klasse.

Eltern, Kinder und Lehrkräfte haben nun einen Anspruch darauf, dass Reformen sich entwickeln und wirken. Kein System verträgt neue Strukturreformen in jeder Legislaturperiode.

Daher werden wir in der kommenden Legislaturperiode keine neue Schulstrukturreform durchführen. Wir werden aber weiter in die Qualität der Bildungseinrichtungen investieren und wo nötig zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Auf die Qualität der Sprachförderung werden wir ein besonderes Augenmerk richten.

Spitzenplatz bei Ganztagschulen weiter ausbauen

Die SPD will das sehr gute Angebot an Ganztagschulen weiter ausbauen und ein verlässliches Ganztagsangebot für alle Schülerinnen und Schüler schaffen. Nachdem bereits alle Grundschulen und Sekundarschulen Ganztagschulen sind und in jedem Bezirk ein Ganztagsgymnasium eingerichtet ist, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen. Ganztagschulen sollen stärker mit freien Trägern der Jugendhilfe und mit Sportvereinen kooperieren, um die Bildungsprogramme für die Kinder zu verbessern. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten ein attraktives und mit Zuschüssen realisiertes Essensangebot. Auch für die Kinder der fünften und sechsten Klassen werden, wenn von den Eltern gewünscht, Hortplätze zur Verfügung stehen.

Schulsozialarbeit und Schulpsychologie werden gestärkt

Wir stärken die Schulsozialarbeit durch ein „Programm Soziale Schule“. Wir wollen an allen Schulen mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreiter Eltern Sozialpädagoginnen und -pädagogen einsetzen. Das Konzept zur inklusiven Schule soll schrittweise umgesetzt werden. Hier lernen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam. So wird die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung mit Leben erfüllt.

Die SPD will in allen Schulformen die praktische Bildung und das duale Lernen stärker einbinden. Wir werden die Kooperation mit den Unternehmen und Betrieben vertiefen, um noch mehr lernförderliche Praktika anbieten zu können. Zudem wollen wir junge Frauen weiterhin ermutigen, auch in technische Ausbildungsgänge zu gehen.

Unsere Oberstufenzentren sind in Berlin Kompetenzzentren: Wir werden sie weiter stärken!

Medienkompetenz und kulturelle Bildung und die damit einhergehende Entwicklung sozialer und kreativer Kompetenzen sollen an den Schulen stärkeres Gewicht erhalten. Dabei erlernen Kinder und Jugendliche einen verantwortungsvollen Umgang miteinander und setzen sich kritisch mit unterschiedlichen medialen Angeboten auseinander.

Den Lehrerberuf stärken

Die Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind der Rückhalt unseres Schulsystems. Dort, wo motivierte und tatkräftige Lehrkräfte arbeiten und lehren, sind die Kinder gut aufgehoben.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, für mehr Qualität an den Schulen die Lehrerbildung zu reformieren. Wir wollen der Vereinheitlichung der Schulstruktur Rechnung tragen und den Praxisbezug vertiefen. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer einführen. Auch Fortbildungsangebote müssen sich noch stärker an den Bedürfnissen der Schulen ausrichten. Jede Schule erhält ein eigenes Fortbildungsbudget.

Fortbildungsangebote zur Individualisierung von Unterricht werden wir qualitativ und quantitativ ausbauen, auch um die Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen zu schaffen, wie es die UN-Konvention über die Rechte Behinderter vorsieht.

—
Wir investieren in die Qualität der Bildungseinrichtungen

—
Ein flächendeckendes und verlässliches Ganztagsangebot für alle Schülerinnen und Schüler

—
Essensangebot für alle Schülerinnen und Schüler

—
Lehrerinnen und Lehrer sind der Rückhalt unseres Schulsystems

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zentrales Anliegen

Kinder, Jugendliche und Familien unterstützen

Die SPD will Berlin als Stadt der Kinder und Familien weiterentwickeln: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist uns ein zentrales Anliegen. Wir verbessern die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterhin und unterstützen die Berliner Wirtschaft dabei, Familienfreundlichkeit als Unternehmensfaktor zu realisieren. Alleinerziehende sowie heterosexuelle und gleichgeschlechtliche Paare mit einem oder mehreren Kindern können sich unseres Engagements jederzeit sicher sein.

Familien stärken. Durch Ausbau von Betreuung und frühkindlicher Bildung

Wir wollen die Bedarfsprüfung in den Kitas abschaffen, damit alle Kinder die Möglichkeit ganztägiger Förderung erhalten. Kinder ab dem dritten Lebensjahr sollen bis 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erhalten. Die öffentlichen Kitas sollen neben denen in freier Trägerschaft ihren festen Platz in unserer Kitalandschaft behalten. Damit wir genügend Kitaplätze in Berlin bereitstellen können, werden wir ein Anreizsystem zur Gründung von Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft entwickeln und umsetzen.

Wir wollen den Beruf der Erzieherin und des Erziehers attraktiver machen. Ziel ist es, den Erzieherberuf und die Qualität der Betreuung durch die Einführung eines Fachhochschulstudiums aufzuwerten.

Die SPD tritt dafür ein, dass Kinder möglichst frühzeitig den Zugang zu Bildungsangeboten finden. Daher werden wir intensiv für den Kitabesuch werben, dies in Zukunft auch mehrsprachig. Wir setzen auf kultursensible Werbung, um die Familien zu erreichen, die bisher ihre Kinder zu Hause betreuten.

Sprachkompetenz stärken und Bildungschancen verbessern

Besonders wichtig ist die Sprachförderung. Daher wird die SPD unter dem Motto „Frühes Fördern“ die Kitas unterstützen, um Sprachkompetenz zu stärken und damit Bildungschancen zu verbessern. Jedes Kind soll zwei Sprachtests vor Schuleintritt durchlaufen: den ersten – wie bisher – ein Jahr vor der Einschulung, um Art und Umfang des Förderbedarfs festzustellen; den zweiten kurz vor Schulbeginn im Rahmen der Einschulungsuntersuchung. Hierfür muss der Sprachteil der Einschulungsuntersuchung weiterentwickelt werden, um aussagekräftigere Daten über die Sprachkompetenz der Kinder zu erhalten, die dann sowohl an die Kindertagesstätten rückgemeldet als auch an die Schulen vermittelt werden sollen. Ist bei einem Kind beim ersten Sprachtest Sprachförderbedarf festgestellt worden, soll zukünftig die bisher dreistündige Förderung am Tag auf fünf Stunden im Rahmen eines verpflichtenden Kitabesuchs ausgedehnt werden.

Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln – Flexibilität ausbauen

Wir richten spezielle Familienzentren an rund 200 Kitas ein, die koordinierte Beratung und Unterstützung für Familien anbieten. Besonders in sozialen Brennpunkten sehen wir hier einen erhöhten Bedarf. Parallel dazu bauen wir ein Familien-Informationsportal im Internet auf.

Flexible Betreuungszeiten ausbauen

Die SPD setzt sich dafür ein, die Kinderbetreuung in Berlin flexibler zu gestalten. Durch den Ausbau von Kitas verbessern wir die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Wir stellen sicher, dass viele Kitas in Berlin weiterhin Öffnungszeiten von bis zu zwölf Stunden anbieten können. Um den Betreuungsbedarf außerhalb der Kitaöffnungszeiten abdecken zu können, wollen wir vermehrt auf Angebote der ergänzenden Tagespflege setzen.

In einem zweijährigen Modellversuch sollen ausgewählte Kitaträger Tagesmütter und -väter in ihrer Kita anbieten. Durch sie können die Kitas flexiblere Angebote der ergänzenden Tagesbetreuung unterbreiten. Damit gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Ausbau der Flexibilität in der Kinderbetreuung ist auch ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung.

Eltern und Familien direkt und vor Ort unterstützen

Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung tragen. Die SPD will in allen Bezirken das Konzept „Bürgeramt Familie“ umsetzen. Familien sollen hier zu allen sie betreffenden Fragen von der Kindesbezogenen Unterstützungsleistung bis zur Pflege von Angehörigen beraten werden.

Besonders für junge, von Überforderung bedrohte Familien sollen die bestehenden frühen Hilfen ausgebaut und mit Familienbildungs- und Erholungsangeboten ergänzt werden. Außerdem sichern wir niedrigschwellige Beratungsstellen und erfolgreiche Projekte in diesem Bereich. Die Hotline Kinderschutz soll mehrsprachig erweitert werden.

Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen

Das Kindeswohl steht für die SPD im Mittelpunkt des Handelns. Deswegen werden wir die Rahmenbedingungen für Adoptionen und Pflegeeltern verbessern, damit die Zahl derjenigen Kinder weiter sinkt, die nicht in einer Familie aufwachsen können. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Wir wollen die rechtliche und soziale Situation aller Kinder in Berlin verbessern. Dabei ist gerade auch der Kampf gegen Kinderarmut ein sozialdemokratisches Grundanliegen. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung. Darum setzt sich die SPD dafür ein, für alle Kinder das Recht auf Bildung im Grundgesetz zu verankern.

Eine lebendige Jugendarbeit gehört zum festen Bestandteil einer innovativen Berliner Bildungslandschaft. Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sind dafür zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die SPD erkennt außerschulische Jugendbildung als eigenständige Bildungssäule neben Schule und Kita an und will Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken. Sie sollen Konzepte entwickeln und sich so auf die durch Ganztagschulen veränderte Situation einstellen. Die weitere Entwicklung der Kooperation von Schule und Jugend innerhalb der sozialräumlichen Bezüge wird die Arbeit der Ganztagschulen prägen. Die FSJ-Stellen, die zu dieser Kooperation bereits eingerichtet wurden, sollen erhalten bleiben. Die SPD will flächendeckende und an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientierte Kinder- und Jugendfreizeit-arbeit gewährleisten. Der Erhalt von Freiräumen für Kinder und Jugendliche ist der Berliner SPD ein besonderes Anliegen.

Wir wollen dabei die Jugendverbände und Sportvereine ermutigen, sich an der Gestaltung von Ganztagschulen zum Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen zu beteiligen. Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen möchten wir anerkennen, indem wir die Ehrenamtcard für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln.

Weiterbildung und Lebenslanges Lernen

Weiterbildung und Lebenslanges Lernen sind Grundpfeiler einer modernen Wissensgesellschaft. Gerade die staatlich verantwortete und geförderte Weiterbildung sichert die Teilhabe auch für Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen und festigt die soziale Integration.

—
**Adoptionsmöglichkeiten
ausbauen – auch für
gleichgeschlechtliche Paare**

—
**Bedarfsorientierte Kinder-
und Jugendfreizeit-
arbeit**

**Politische Bildung als Grundlage
für das Verständnis von gesellschaftlichen Zusammenhängen**

Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für das demokratische Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Die SPD will politische Bildung für möglichst alle Bevölkerungsgruppen zugänglich machen. Gerade in einer Stadt der Vielfalt, wo Menschen unterschiedlichster sozialer und ethnischer Herkunft zusammenleben, kann so das Verständnis von komplexen gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen geschärft werden.

Berlin hat eine bunte und große Trägerlandschaft der politischen Bildung: Volkshochschulen, Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen. Gemeinsam mit diesen Trägern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielschichtige Geschichte Berlins und ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern.

Volkshochschulen sind die kommunalen Weiterbildungszentren und müssen den aktuellen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Musikschulen müssen in die Breite wirken, sie müssen auch die Kinder erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung wenig in ihrer kulturellen Bildung unterstützt werden können. Das Rahmenkonzept kulturelle Bildung – mit dem Projektfonds kulturelle Bildung – wird fortgesetzt und ausgebaut.

Hierzu bedarf es sicherer Rahmenbedingungen in allen zwölf Bezirken. Deswegen sind eine gesamtstädtische Steuerung und eine verbindliche überbezirkliche Zusammenarbeit notwendig. Wir wollen daher ein gemeinsames Steuerungsgremium von Senat und Bezirken einrichten. Die Berliner SPD wird eine landesweite Alphabetisierungskampagne der Berliner Volkshochschulen initiieren.

Integrations- und Aufstiegschancen

**Die Vielfalt von Lebensstilen und
Kulturen trägt zur Attraktivität
Berlins bei**

Die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen macht die Attraktivität Berlins als tolerante Stadt aus. Sie gehört auch zum historischen Erbe Berlins und zur sozialdemokratischen Tradition. Die SPD bekennt sich als Berlin-Partei zu einer von Migration geprägten modernen Stadtgesellschaft, in der sich Migrantinnen und Migranten einbringen und integrieren.

Wir wollen einen Mentalitätswechsel im Umgang mit Zuwanderung hin zu einer Kultur der Anerkennung. Wir treten ein für die Achtung des kulturellen Selbstbestimmungsrechtes. Individuelle Lebensstile finden ihre Grundlage und Begrenzung in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die SPD unterstützt die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Unser Ziel ist eine soziale und wirtschaftliche Integration und Partizipation aller Bevölkerungsgruppen in Berlin. Bei Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund können kulturelle Prägungen, sprachliche Barrieren und Diskriminierung Integration und Partizipation erschweren. Deshalb wollen wir hier besondere integrationsfördernde Angebote bereitstellen.

Zielgerichtete Unterstützung

Arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir in eine Beschäftigung bringen, die ihnen eine qualifikationsgerechte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Dazu setzen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik fort, die verschiedenen Qualifizierungsniveaus gerecht wird. Wir wollen zielgerechte Beratung und Unterstützung bei Existenzgründungen leisten und unterstützen das Modell der anonymisierten Bewerbungen, damit nicht Herkunft, sondern Qualifikation das einzige Einstellungskriterium ist. Zudem treten wir für die sofortige Umsetzung des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.

Wir wollen aktiv gegen die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten vorgehen. Dazu brauchen wir hohe arbeits- und sozialrechtliche Standards und Integrationsmaßnahmen.

Die Entsendung von Arbeitskräften und die Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU dürfen nicht zu einem Abbau von Arbeitnehmerrechten und zu Lohndumping führen. Tarifvertragliche Regelungen in den Mitgliedsländern dürfen nicht unterlaufen werden.

Im schulischen Bereich unterstützen wir den integrativen Ansatz des Ethikunterrichts, da hier der Umgang mit unterschiedlichen Wertvorstellungen vermittelt wird. Durch Einbeziehung von Kirchen und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollen gegenseitiges Verständnis und Toleranz gefördert werden. Zusätzlich wollen wir eine stärkere Thematisierung von Deutschland als Einwanderungsland im Unterricht. Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, das Recht auf Bildung auch Kindern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewährleisten und ihnen einen Zugang zu staatlichen Schulen zu ermöglichen. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten wollen wir diesem Personenkreis auch Zugang zu einer beruflichen Ausbildung eröffnen. Wir erweitern die Angebote für Sprachförderung für Eltern an Volkshochschulen und bieten mehr spezielle Mütterkurse an.

Wir wollen die interkulturelle Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer stärken. Dafür sind zum einen Fort- und Weiterbildungen wesentliche Instrumente, die noch stärker auf diese Kompetenzvermittlung ausgerichtet sein müssen. Zum anderen ist die Werbung und Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund künftig noch intensiver zu betreiben.

Die Vielfalt der Religionen in dieser Stadt spiegelt sich auch in dem Bedürfnis nach Religionsunterricht an den Berliner Schulen wider. Die Vermittlung von Kenntnissen über Religionen darf nicht losgelöst von den sich aus dem Grundgesetz ergebenden Werten erfolgen. Daher treten wir für die Schaffung eines Lehrstuhls für islamische Theologie zur Ausbildung muslimischer Religionslehrerinnen und -lehrer ein.

Im Gesundheitsbereich wollen wir durch niedrigschwellige Angebote in dezentralen Einrichtungen einen chancengerechten Zugang ermöglichen. Darüber hinaus brauchen wir eine kultursensible Ausrichtung von ambulanten und stationären Einrichtungen.

Humane Flüchtlingspolitik

Die SPD tritt für eine nachhaltige und humanitäre Flüchtlingspolitik ein. Sie muss besser auf besonders verletzte Gruppen wie Minderjährige und ältere Menschen abgestimmt werden. Wir wollen, dass Familien in die Bleiberechtsregelung bei Minderjährigen einbezogen werden, damit sie nicht auseinandergerissen werden. Auch wollen wir die Wohnungssituation der Asylbewerber verbessern. Wir wollen die Zusammenarbeit beider Länder bei der rechtlichen Ausgestaltung der Residenzpflicht für mehr Bewegungsfreiheit in Berlin und Brandenburg fortsetzen.

Darüber hinaus wird die SPD für Menschen ohne Papiere den Zugang zur Gesundheitsversorgung erweitern. Keinem Kind darf aufgrund des Aufenthaltsstatus seiner Eltern der Schulbesuch verwehrt bleiben. Auch erwägen wir die Einbringung einer Bundesratsinitiative für eine Amnestie für Menschen ohne Papiere in Deutschland.

Ethikunterricht fördert Integration

Interkulturelle Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer stärken

Gesundheitsversorgung und Schulbesuch für alle Menschen sicherstellen

**Berlin bleibt weltoffene Metropole
unterschiedlicher Kulturen und
Lebensentwürfe**

Gegen Rechtsextremismus

Berlin bleibt eine weltoffene Metropole. Unterschiedliche Kulturen und Lebensentwürfe haben hier ihren Raum. In dieser Stadt ist kein Platz für Menschenverachtung, Rassismus, Antisemitismus oder Islamophobie. Individuelle Freiheit und Respekt vor dem anderen sind untrennbar miteinander verknüpft. Die SPD wird sich deshalb auch künftig geschlossen gegen jede Art von Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie stellen. Wir setzen das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ fort und wollen damit lokale Initiativen gegen Rechtsradikalismus unterstützen. Eine „Extremismusklausel“ lehnen wir entschieden ab.

**Selbstbestimmung und
Akzeptanz sexueller Vielfalt**

Stadt der Akzeptanz

Die SPD wird die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ auswerten und weiterentwickeln. Wir werden Einrichtungen, Projekte und Angebote in den Bereichen Aufklärung, Beratung und Opferhilfe ausbauen. Es bedarf einer weitergehenden Sensibilisierung bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden bei homophoben Straftaten. Opfer vorurteilsmotivierter Straftaten sollen unterstützt und zu Anzeigen ermutigt werden.

Wir unterstützen Projekte, die Homophobie in Schulen und auf der Straße bekämpfen. Außerdem unterstützen wir Konzepte, die gewährleisten, dass Menschen auch im Alter ihre sexuelle Identität diskriminierungsfrei leben können. Hierbei denken wir etwa an die Einrichtung von speziellen Seniorenheimen, Seniorenwohnhäusern, Pflegediensten oder Mehrgenerationenhäusern.

Darüber hinaus werden wir weitere Bundesratsinitiativen mit dem Ziel des Abbaus von Benachteiligungen und Diskriminierungen anstoßen. Die Berliner SPD wird sich weiterhin an Veranstaltungen beteiligen, um die Mehrheitsgesellschaft für die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und transidenten Menschen zu sensibilisieren.

**Gleiches Recht für
gleichgeschlechtliche Paare**

Berlin soll weiterhin eine Stadt der Vielfalt und des friedlichen Zusammenlebens von Menschen aller Lebensweisen sein. Die SPD will diese gelebte Toleranz fördern, indem sie die Ehe mit allen Rechten und Pflichten für Paare gleichen Geschlechts ermöglicht und diese der Ehe von Paaren unterschiedlichen Geschlechts vollständig gleichstellt. Wir setzen uns dafür ein, dass als erster Schritt dahin die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Kindschaftsrecht eingeführt wird. Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedarf es eines engen Zusammenwirkens mit den zuständigen Institutionen auf Bundesebene.

**Gleiche Chancen für Frauen
und Mädchen**

Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft Berlins. Die erfolgreiche und vorbildliche Politik des Berliner Senats werden wir fortführen, damit Frauen und Mädchen in Berlin in allen Bereichen der Gesellschaft die gleichen Chancen haben und die Gleichstellung umfassend verwirklicht wird. Spezielle Frauen- und Mädchenprojekte sowie -einrichtungen und -beratungsstellen werden wir weiter fördern und gezielt unterstützen. Wir werden entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede Frau in Berlin hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in einem sicheren Haus erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser werden wir sicherstellen.

Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger

Berlin hat große Erfahrung in partizipativen Prozessen, formellen und informellen. Seit den siebziger Jahren werden Beteiligung und Partizipation hier gelebt, von Beiräten in Sanierungsgebieten über Betroffenenvertretungen und Spielplatzkommission bis zum Bürgerhaushalt. Die Teilnahme an diesen Verfahren möchten wir allen dauerhaft in Berlin lebenden Menschen ermöglichen. Die SPD sieht in einer weiteren Stärkung partizipativer Ansätze und Verfahren auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen ein hohes Potenzial zur Aktivierung der Bevölkerung und zur Stärkung von Teilhabe. Bürgerbegehren und Volksbegehren wurden bereits in die Verfassung aufgenommen.

Aber auch Verfahren, die nicht gesetzlich geregelt sind, haben eine große Bedeutung: Deshalb müssen bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements, z. B. Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen, unterstützt werden, um die Identifikation der Menschen mit der Stadt und ihrer Lebensumgebung zu stärken. Besonders geeignet sind Modelle, in denen Bürgerinnen und Bürger nicht nur beteiligt werden, sondern selbst entscheiden und Verantwortung übernehmen wie in den Quartiersmanagement-Gebieten. Auch große und längerfristige Projekte wie Tempelhof oder die Internationale Bauausstellung werden in partizipativen Verfahren entwickelt.

Darüber hinaus sollen Kinder und Jugendliche stärker an allen sie betreffenden Fragen der Politik beteiligt werden. Dazu entwickeln wir ein Gesamtkonzept für Kinder- und Jugendbeteiligung. Junge Menschen sollen durch Initiativen und Angebote befähigt werden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass in den Bezirken Kinder- und Jugendparlamente oder Kinder- und Jugendbüros eingerichtet werden. Bis zu den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus werden wir das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Kultur hält die Gesellschaft zusammen

Kultur ist ein öffentliches Gut, das allen zugänglich sein muss. Kunst und Kultur fördern Kreativität, vermitteln gesellschaftliche Werte und Zielvorstellungen, schaffen Identität und ermöglichen Identifikation. Kulturpolitik des Staates ist daher für uns keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft. Sie geschieht auch durch ein großes bürgerschaftliches Engagement, das wir begrüßen und fördern. Sozialdemokratische Kulturpolitik basiert auf drei Säulen: der Freiheit der Kunst, der Teilhabe aller am kulturellen Leben und der integrativen Funktion von Kulturpolitik für den Zusammenhalt des Gemeinwesens.

Bibliotheken: Orte des Wissens

Bibliotheken zählen – neben den Musikschulen – zu den wichtigsten außerschulischen Institutionen kultureller Bildung, die für uns einen hohen Stellenwert besitzt. Deshalb tritt die SPD ein für die Schaffung einer „Stadt des Wissens“ auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Als Kern dieses Campus werden wir einen Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) errichten. Wir wollen einen Raum für das Gedächtnis der Stadt schaffen und die Bücherbestände des Landes Berlin schrittweise digitalisieren, damit sie weltweit und in Echtzeit nutzbar sind. In dieser „Stadt des Wissens“ sollen zudem kreative Wirtschafts- und Wissenschaftseinrichtungen angesiedelt werden. Die bisherigen Standorte der ZLB in der Breiten Straße und der Amerika-Gedenkbibliothek sollen auch weiterhin kulturell genutzt werden. Wir werden ein Bibliotheksgesetz beschließen, in dem Mindeststandards bei Medienetats und Betreuung sowie stärkere Kooperation in und zwischen den Bezirksbibliotheken geregelt sind, um eine qualitativ hochwertige Bibliotheksversorgung in allen Bezirken zu gewährleisten. Wir werden die Anzahl der Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schulen und den Bibliotheken zur Leseförderung und zum Erwerb von Medienkompetenz erhöhen, indem wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Stärkung partizipativer Ansätze, bürgerschaftlicher Beteiligung und zivilgesellschaftlichen Engagements

Wir senken das Wahlalter auf 16 Jahre

Kunst und Kultur schaffen Identität und ermöglichen Identifikation

„Stadt des Wissens“ auf dem Tempelhofer Feld mit der neuen Zentral- und Landesbibliothek

Pflege der Kunst- und Kulturlandschaft

Berlin hat in der vergangenen Legislatur durch Etaterhöhungen und umfangreiche bauliche Investitionen große Fortschritte bei der Stabilisierung und Förderung seiner kulturellen Leuchttürme erreicht. Keine andere Stadt in Deutschland hat eine solche Dichte qualitativ hochrangiger Opern, Theater, Museen, Literaturhäuser, Gedenkstätten, Chöre und Orchester sowie eine so dynamische Tanzszene wie Berlin. Unser Ziel bleibt es, diese einmalige Kulturlandschaft zu erhalten und zu pflegen.

Berlin – eine international anerkannte Kunstmetropole

Berlin gilt als weltweit anerkanntes Zentrum für zeitgenössische Kunst. Die Zahl der hier lebenden und arbeitenden bildenden, musizierenden und darstellenden Künstler aus aller Welt wächst weiter. Der Ruf der Stadt als internationale Kunstmetropole basiert ganz wesentlich auf ihrer lebendigen und innovativen freien Szene. Sie ist der Humus, auf dem auch die Hochkultur gedeiht. Sozialdemokratische Kulturpolitik muss sich deshalb verstärkt der Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen der freien Szene zuwenden.

Hierzu zählt eine gezielte Infrastrukturförderung sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene, auch um der Verdrängung von kulturellen Angeboten entgegenzuwirken.

Integrationsstiftende Funktion

Kulturelle Vielfalt fördern und entwickeln

In Berlin leben etwa 860.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Deren kulturellen Reichtum, diese Vielfalt der Kulturen gilt es, noch stärker zu fördern und zu entwickeln. Nur eine integrative Kulturpolitik für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wird dem internationalen und multikulturellen Charakter der Berliner Stadtgesellschaft gerecht. Voraussetzung dafür ist eine Kultur der Anerkennung, um der Ausgrenzung von Minderheiten und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken. Die Berliner Kultureinrichtungen sollen aufgefordert und ermutigt werden, kulturelle Vielfalt zu einem Schwerpunkt ihrer programmatischen Arbeit, ihrer Publikumsentwicklung und ihrer Personalpolitik zu machen. Um dies zu unterstützen, werden wir einen „Fonds für kulturelle Vielfalt“ schaffen.

Erinnerungskultur

Berlins kulturelle Attraktivität basiert ganz wesentlich auf seiner reichhaltigen Museums-, Gedenkstätten- und Erinnerungslandschaft.

Gedenkstätten leisten einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur

Mit zahlreichen Gedenkstätten erinnert Berlin an NS-Diktatur und Shoah. Sie leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass dieses finsterste Kapitel deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. Wir begrüßen die baldige Einweihung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma.

Durch das Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer und den SED-Unrechtsstaat hat Berlin auch international hohes Ansehen erworben. Gemeinsam mit dem Bund werden wir den bewährten Kurs des staatlichen und bürgerschaftlichen Engagements zur aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Gedenken an die Opfer der beiden deutschen Diktaturen in Berlin fortsetzen und fördern.

Zur Erinnerungskultur der Hauptstadt gehört auch die Gestaltung eines postkolonialen Erinnerungsortes „Afrikanisches Viertel“. Nicht zuletzt aus dieser Verantwortung heraus bekennen wir uns zur Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik auf Landesebene.

Kulturelles Erbe und Humboldt-Forum

Die Pflege des kulturellen Erbes gehört zu den Kernaufgaben sozialdemokratischer Kulturpolitik. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die Attraktivität des international hoch angesehenen Bauhaus-Archivs durch einen Erweiterungsbau gesichert wird.

Der Bau des Humboldt-Forums am Schlossplatz ist das bedeutendste kulturpolitische Projekt des Bundes in der deutschen Hauptstadt. Wir stehen zu den finanziellen Verpflichtungen, die Berlin im Rahmen dieses Projektes in der historischen Mitte der Stadt übernommen hat, und erwarten von der Bundesregierung, dass noch in der laufenden Legislaturperiode des Bundestages mit den Bauarbeiten begonnen wird. An der inhaltlichen Gestaltung des Humboldt-Forums werden wir uns verstärkt beteiligen.

Sport und Vereinsförderung

Wir bewegen Berlin. Die SPD wird das Schul- und Sportanlagen- sowie das Bädersanierungsprogramm uneingeschränkt fortführen. Auch werden wir die entgeltfreie Nutzung der Sportflächen des Landes Berlin als wichtiges Element der Sportförderung erhalten.

Die SPD bleibt ein verlässlicher Partner für den Sport. Sporteinrichtungen erhalten finanzielle Planungssicherheit durch den Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols und die Festschreibung der Lottomittel. Durch einen Sportpakt sichern wir den Berliner Sport dauerhaft ab.

Regelmäßiger Sport und Bewegung sind Voraussetzung für eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung. Gemeinsamer Sport im Verein ist gut für das soziale Miteinander, stärkt den Teamgeist und hält Kinder und Jugendliche zu Gemeinsinn, Befolgung von Regeln und Fairness an. Hier wird Integration gelebt. Sport im Verein darf nicht von sozialer oder kultureller Herkunft abhängen. Wir unterstützen die sportliche Betätigung von Menschen mit Behinderung.

Wir stärken die Sportvereine, indem wir die Kooperationen der Sportvereine insbesondere mit den Sekundarschulen weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Schulen und Vereine bei der Entwicklung neuer Kooperationsformen unterstützen und dazu eine ausreichende finanzielle Ausstattung für Sekundar-, aber auch für Grundschulen sicherstellen. Das ausreichend finanzierte Vereinsinvestitionsprogramm unterstützt nicht nur Vereine bei Kauf, Errichtung und Unterhalt von Sportanlagen, sondern hilft auch dauerhaft die Folgekosten des Landes zu senken. Darüber hinaus wollen wir den selbstorganisierten Sport stärken, den rund eine Million Berlinerinnen und Berliner bereits betreiben. Die herausragende gesellschaftliche Bedeutung der Sportvereine und ihr ausgewiesenes Leistungsspektrum sind unverzichtbare Elemente einer nachhaltigen Sportentwicklung in Berlin, die wir im Interesse der Lebensqualität unserer Stadt weiter fördern wollen.

Die SPD Berlin setzt auf die Entwicklung des Spitzensports. Wir wollen den Eliteschulen des Sports klare Perspektiven bieten, damit sie die Förderung leistungssportlich trainierender Schülerinnen und Schüler weiterführen und bei nationalen und internationalen Wettkämpfen auch künftig glänzen. Die SPD tritt konsequent für dopingfreien Sport ein.

Ehrenamt fördert Integration und Zusammenhalt

Die SPD Berlin will bürgerschaftliches Engagement noch stärker fördern. Die SPD Berlin hält am Erfolgsmodell Ehrenamtscard fest und will diese weiter ausbauen. Dafür werden wir öffentlich werben. Neben einem Schwerpunkt bei Jugendlichen wollen wir alle Generationen in ihrem Engagement in all ihren für die Gesellschaft wichtigen Arbeitsfeldern würdigen und unterstützen.

Wir erhalten die entgeltfreie Nutzung der Sportflächen

Ausbau der Kooperationen der Sportvereine mit den Schulen

Erfolgsmodell Ehrenamtscard weiter ausbauen

Ehrenamtliche Tätigkeit soll künftig auch bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen beim Land Berlin Berücksichtigung finden. Die Einführung von Einsatzstellen für das freiwillige soziale Jahr (FSJ) an Schulen und die Zusammenarbeit mit Jugendfreiwilligendiensten, die unbürokratische Unterstützung der Jugendlichen, z. B. durch Fahrtkostenreduzierung und Gebührenbefreiung, sind wichtige Elemente, um frühzeitig einen Sinn für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Dazu gehört auch die Umsetzung des vom Land Berlin und dem Landesjugendring beschlossenen Abkommens für die Jugend. Wir möchten dabei auch und gerade das Engagement der Ehrenamtlichen in den Freiwilligen Feuerwehren würdigen, welche einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten.

Innere Sicherheit in Berlin gewährleisten

Konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen

Sicherheit zu gewährleisten ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine zentrale staatliche Aufgabe. Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vorgehen. Dabei sind Prävention und vorbeugende Verbrechensbekämpfung von herausragender Bedeutung. Wir wollen Straftaten dadurch verhindern, dass möglichst frühzeitig kriminelle Strukturen aufgedeckt werden – zum Schutz vor Gewalt, organisierter Kriminalität oder gar Terror.

Dabei werden wir die nötige Balance zwischen notwendigen Eingriffen des Staates und dem Schutz der Freiheitsrechte wahren. Wir lehnen deshalb die von konservativer Seite geforderte Ausweitung von Polizeibefugnissen ebenso ab wie eine Vermischung von Befugnissen der Polizei und des Verfassungsschutzes oder den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Um vorbeugend, aber auch strafverfolgend erfolgreich zu sein, werden wir für eine angemessene und moderne Polizeiausstattung sorgen. Einen Stellenabbau bei der Polizei lehnen wir ab. Daher wird die Berliner Polizei in ihrer bisherigen Größe von mehr als 16.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten erhalten. Die Stellen von ausscheidenden Polizeibeamtinnen und -beamten werden umgehend durch Neueinstellungen wieder besetzt.

Eine moderne Großstadtpolizei ist effektiv und bürgernah

Die Berliner Polizei hat sich zu einer modernen Großstadtpolizei entwickelt, die in vielem Vorbild für andere Bundesländer ist. Sie arbeitet effektiv, bürgernah und mit einer hohen Aufklärungsquote. So ist die Kriminalitätsbelastung in den vergangenen Jahren weiter gesunken. In den kommenden Jahren wird sie diesen erfolgreichen Weg weitergehen und in einigen Feldern, etwa der Sicherheit im ÖPNV, verstärkt agieren.

Mit ihrer differenzierten Einsatzstrategie der ausgestreckten Hand ist es ihr gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gelungen, die Gewalt am 1. Mai zu begrenzen und zu vermindern. Diese erfolgreiche Strategie der Deeskalation werden wir fortsetzen. Mit der Kennzeichnung von Polizeibeamten wird die Arbeit der Polizei noch bürgernäher. Als Schutzmaßnahme für die Beamtinnen und Beamten werden wir – wenn nötig – die Melderegisterauskunft beschränken oder sperren.

Jugendkriminalität verhindern – Prävention stärken

Zur Bekämpfung der Kriminalität bei jugendlichen Intensiv- und Schwellentätern werden wir unsere erfolgreichen Konzepte zur Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei konsequent fortführen. Das Neuköllner Modell zur beschleunigten Anwendung des vereinfachten Jugendverfahrens wird auf die ganze Stadt ausgedehnt werden.

Schnelle Reaktion bei Jugendkriminalität

Wir wissen, dass nur eine schnelle und koordinierte Reaktion von Polizei und Justiz, aber auch Schule und Erziehungsbehörden die Jugendlichen vor einem Abgleiten in Kriminalität bewahren kann. Eine Senkung des Strafmündigkeitsalters lehnen wir als ungeeignet ab.

Notwendige Erziehungsmaßnahmen müssen aber in Einzelfällen auch durch eine verbindliche Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden.

Strafvollzug effektiv gestalten

Anknüpfend an unsere Gesetze zum Jugendstrafvollzug und zum Untersuchungshaftvollzug werden wir auch den Erwachsenenstrafvollzug im Sinne der Resozialisierung und des Schutzes der Bevölkerung gesetzlich neu regeln. Für einen modernen und effektiven Strafvollzug bauen wir die Justizvollzugsanstalt Heidering. Damit eröffnen wir den Spielraum, die aus der Kaiserzeit stammenden Justizvollzugsanstalten in Tegel und Plötzensee zu entlasten und umzugestalten.

Die SPD will eine grundsätzliche Stärkung aller Instrumente, die Resozialisierung fördern.

Zuverlässige Justiz

Wir werden die Modernisierung von Ausstattung und Organisation der Gerichte fortsetzen, denn eine zuverlässig und schnell funktionierende Justiz ist auch ein Standortfaktor. Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, nicht unzumutbar lange auf eine Entscheidung warten zu müssen.

Berlin bleibt eine weltoffene und tolerante Metropole. Unterschiedliche Kulturen und Lebensentwürfe haben hier ihren Raum. Individuelle Freiheit und Respekt vor dem anderen sind aber untrennbar miteinander verknüpft. Deshalb gehen wir weiter konsequent gegen jede Form von Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus vor. Wir werden uns weiter für das überfällige NPD-Verbot einsetzen.

Gesundheitspolitik für ein gutes Leben

Berlin ist eine Gesundheitsmetropole. Alle Menschen haben hier Zugang zu guter Versorgung, die nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen ist. Diese Versorgung trägt entscheidend zur Berliner Lebensqualität bei. Die SPD steht für eine moderne und präventive Gesundheitspolitik, die die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Besonders sozial Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen wollen wir mit maßgeschneiderten Angeboten unterstützen.

Die SPD wird das Konzept der „gesunden Orte“ umsetzen, das die Schaffung lokaler gesundheitsförderlicher Projekte vorsieht. Wir fördern weiterhin Freizeitangebote und Sport zur Prävention und ermutigen auch zur Selbsthilfe. Das bewährte Berliner ambulante psychiatrische Versorgungssystem soll erhalten bleiben.

Die SPD steht für die Einführung einer gerechten Bürgerversicherung bei Pflege und Krankheit. Wir wollen eine gerechte Versorgung aller statt Mehrklassensysteme und Privilegien für wenige.

Aktionsprogramm Gesundheit

Die SPD wird ein „Aktionsprogramm Gesundheit“ auflegen, das das Niveau der Gesundheitsförderung in Berlin deutlich erhöhen wird. Gemeinsame Aktivitäten von Bezirks- und Senatsverwaltungen und wichtigen Trägern des Gesundheitswesens wie den Krankenkassen, Gesundheitseinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden sowie Anbietern von Maßnahmen der Primärprävention, wie z. B. den Sportorganisationen sollen dadurch gebündelt werden. Kernstück ist ein gemeinsamer Fonds, der die schon heute verwendeten Mittel für Selbsthilfe und Nachbarschaftsarbeit, Gesundheitsförderung und Prävention zusammenführt und erhöht.

—
**Modernisierung der Gerichte
fortsetzen**

—
Für ein Verbot der NPD

—
**Niveau der Gesundheitsförderung
in Berlin erhöhen**

Stadtplan der Gesundheitsförderung

Im ersten Schritt werden wir einen Berliner „Stadtplan der Gesundheitsförderung“ erstellen, der alle Träger und Orte, Programme und Projekte erfasst. Wir schichten die bereits bestehenden Angebote um und erreichen so eine maximale flächendeckende Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere für sozial Benachteiligte. Die Angebote sollen gemeinsam vereinbarte Qualitätsanforderungen einhalten. Durch verbindliche Evaluation identifizieren wir erfolgreiche Projekte und übertragen sie gegebenenfalls auf andere Zielgruppen.

Wir schaffen mit dem Aktionsprogramm Anreize zur Weiterentwicklung der Berliner Kliniken zu Gesundheitszentren. Zudem unterstützen wir die gemeinsame Entwicklung der Aktivitäten der Krankenkassen und die Entwicklung der Kitas zu Familienzentren. Das Aktionsprogramm soll das Thema Gesundheit in allen Lebensbereichen verankern.

Alle Gesundheitsbereiche unter ein Dach bringen

Wir befürworten die Einrichtung integrierter Versorgungssysteme. Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und weitere Anbieter sollen patientenorientierte und qualitätsgesicherte Behandlungsleistungen erbringen. Wir unterstützen Projekte der ambulanten medizinischen Versorgung, die das soziale Umfeld in die Therapie einbeziehen.

Angebote für ältere und chronisch kranke Menschen

Die SPD wird die Angebote speziell für ältere und chronisch kranke Menschen verbessern. Im Pflegebereich, in der Geriatrie und in der Palliativversorgung brauchen die Einrichtungen angesichts des demografischen Wandels mehr Personal. Zugleich verbessern wir in diesen Bereichen die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Arbeitsbedingungen und werden uns für einen Lehrstuhl im Bereich der Gerontologie/Geriatrie einsetzen.

Patientenschutz und Patientenrechte

Die SPD will den Patientenschutz ausbauen. Wir werden im Landesprogramm „Patientenrechte im Gesundheitswesen“ die Kompetenzen der Patientenbeauftragten erhöhen. Außerdem wollen wir Vorschläge der Beratungsstellen sowie Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher umsetzen, um das Berliner Gesundheitswesen patientenfreundlicher zu gestalten.

Verbraucherschutz pro Berlin

Die SPD betreibt eine konsequente Verbraucherpolitik, deren Leitlinien Schutz und Aktivierung sind. Berlin ist im bundesweiten Verbraucherindex, der jährlich die Verbraucherpolitik der Länder vergleicht, in den letzten Jahren weit nach vorn gerückt.

Wir haben in den letzten Jahren bereits die Grundlagen dafür gelegt, dass es Verbraucherinnen und Verbrauchern in Berlin gut geht. Dort, wo es nötig ist, greifen wir ein und sichern den Verbraucherschutz mit klaren Regeln und Gesetzen.

Der Senat hat in Berlin ein offenes Ohr dafür, wo Verbraucherinnen und Verbrauchern der Schuh drückt: Bereits zum dritten Mal gibt es in diesem Jahr den Verbrauchermonitor. Auch zukünftig wollen wir systematisch erheben, wo es Probleme gibt und was Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten. Durch das Smiley-System bei Gaststätten sehen Verbraucherinnen und Verbraucher zukünftig in ganz Berlin, welche Gaststätten besonders gut oder aber schlecht sind.

Verbraucherschutz wird auf Bezirksebene umgesetzt. Noch immer stehen das Eingreifen und die Sanktion im Mittelpunkt des Handelns der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Prävention und Aufklärung stärker im Mittelpunkt stehen, und werden diesen Bereich der Ordnungsämter zu bezirklichen Anlaufstellen für Verbraucherschutz entwickeln.

Schutz und Aktivierung als Leitlinien der Verbraucherpolitik

Smiley-System in ganz Berlin einrichten

Ergänzend setzen wir auch künftig auf die Verbraucherzentrale. Die Arbeit in Berlin ist weiterhin auf sozial benachteiligte Zielgruppen zu fokussieren und in Projekten, wie z. B. Schuldenprävention für Jugendliche, Energiesparberatung sozial Schwacher und gesunde Ernährung aufzugreifen.

Mehr als bisher wollen wir dabei die Ressourcen gerade im wirtschaftlichen Verbraucherschutz stärken: Denn Verbraucher, die als souveräne Nachfrager auftreten, bilden ein wichtiges Korrektiv am Markt. Gute Verbraucherpolitik ist Politik für den Standort Berlin!

Umwelt-, Natur- und Tierschutz ausbauen

Gerade in einer wirtschaftlich wachsenden Stadt kommt dem Umwelt- und Naturschutz bei der nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen eine zentrale Rolle zu. Mehr als in vielen anderen Metropolen resultiert die Lebensqualität Berlins auch aus seiner Vielfalt und Vielzahl von Grün- und Wasserflächen im Stadtgebiet. Diese Freiräume mit ihren wichtigen ökologischen Funktionen, aber auch ihrer Naherholungsqualität wollen wir erhalten. Regionale Grünzüge wollen wir dabei – soweit dies möglich ist – auch unter Einbindung des Berliner Umlandes ökologisch vernetzen und biologische Vielfalt sichern.

Zielsetzung unserer Politik ist es, den „Flächenverbrauch“ zu reduzieren. Hierzu gehören v. a. die Vermeidung überdimensionierter Oberflächenversiegelung bei neuen Bauvorhaben sowie ein sukzessiver Rückbau versiegelter Flächen im Bestand. Durch die stärkere Versickerung von Niederschlägen und den Aufbau von Regenrückhaltesystemen in der Mischwasserkanalisation wollen wir die Wasserqualität von Havel und Spree weiter steigern. Ihre Zuflüsse – wie Panke, Wuhle oder Tegeler Fließ – wollen wir langfristig renaturieren.

Wir wollen die Anlage, Pflege und Erhaltung von Grün im Stadtgebiet ausweiten und dabei auch auf bürgerschaftliches Engagement zurückgreifen. Dazu gehören Maßnahmen der Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung ebenso wie Ersatzpflanzungen für 10.000 verloren gegangene Straßenbäume. Wo immer dies möglich ist, werden wir – ergänzend zur öffentlichen Grünflächenpflege – die Identifikation mit städtischem Grün durch private Pflegepatenschaften erhöhen und dies durch Beratungsangebote und städtische Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Wir werden die Umweltbildung im Schulunterricht ausbauen und ihr einen festen Platz geben. Hierzu wollen wir mit den bestehenden Umweltbildungseinrichtungen ebenso wie mit den anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbänden zusammenarbeiten. Bei der Essensversorgung in unseren Schulen werden wir verstärkt darauf hinwirken, dass Produkte aus der regionalen Landwirtschaft zum Einsatz kommen und der Anteil von Erzeugnissen des ökologischen Anbaus schrittweise steigt. Die SPD setzt sich für die Verwirklichung eines effektiven Tierschutzes ein, der dem leidensfähigen Mitgeschöpf Tier gemäß Grundgesetzartikel 20a und der Berliner Landesverfassung gerecht wird. Die SPD wird den Kampf gegen Tierversuche auch in der nächsten Wahlperiode fortsetzen. Wir unterstützen die Forderung nach mehr Hundenauslaufgebieten; wo geeignete Flächen vorhanden sind, sollen die Bezirke Auslaufgebiete schaffen. Die SPD unterstützt die Forderung nach einem Zirkus ohne Wildtiere.

Grundsätzlich sind wir überzeugt, dass das Leben in der Metropole und der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen keinen Widerspruch darstellen. Gerade in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich in Berlin mehr und mehr eine ökologisch verträgliche Lebensweise durchgesetzt. Mit unserer ambitionierten Zielsetzung, Berlin bis 2050 zu einer nahezu CO₂-neutralen Metropole weiterzuentwickeln, setzen wir weiter auf das Engagement der ganzen Bürgerschaft. Ein Meilenstein auf dem Weg dorthin kann eine Internationale Bauausstellung (IBA) 2020 bilden, die mit einem CO₂-neutralen Stadtquartier eine Pilotfunktion für Berlin und andere Metropolen einnimmt.

Nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

Ausweitung von Anlage, Pflege und Erhaltung von Grün im Stadtgebiet

Umweltbildung und Tierschutz ausbauen

Berlin wird zur CO₂-neutralen Metropole

Eine Stadt für alle Generationen

Den demografischen Wandel aktiv gestalten

Die SPD will den demografischen Wandel aktiv gestalten. Auf Bundesebene streben wir einen Umbau des sozialen Sicherungssystems an. Damit reagieren wir auf den demografischen Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt. Wir arbeiten am Modell einer Bürgersozialversicherung: So gestalten wir einen Sozialstaat, der alle Bürgerinnen und Bürger im Krankheitsfall absichert und die Altersversorgung sicherstellt. Der Altersarmut wollen wir wirksam entgegenzutreten.

Die älteren Berlinerinnen und Berliner sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Barrierefreiheit, Partizipation sowie gute Betreuung und Pflege müssen gewährleistet werden. Hierbei gilt es, den Anforderungen der älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden. Dafür müssen wir den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern, betreutem Wohnen und wohnortnaher ärztlicher Versorgung vorantreiben.

Das Seniorenmitwirkungsgesetz soll vollständig umgesetzt werden. Wir wollen die Mitbestimmung von Senioren verbessern, etwa durch die frühzeitige Beteiligung an der Erarbeitung von Gesetzen, Berichten und Konzepten. Die bezirklichen Seniorenvertretungen sollen Antrags- und Auskunftsrecht in den Bezirksverordnetenversammlungen und Bezirksämtern erhalten.

Wir wollen eine altersfreundliche Gesellschaft

Wir wollen eine altersfreundliche Gesellschaft, die das Potenzial Älterer nützt. Dazu setzen wir das Geriatriekonzept der Ärztekammer um, welches den Ausbau der Altersforschung an den Berliner Hochschulen vorsieht.

Barrierefreie Stadt

Die SPD tritt ein für ein barrierefreies Berlin. Wir wollen einen umfassenden Zugang zu Mobilität erreichen, z. B. durch Aufzüge an Bahnhöfen, durch Niederflur-Straßenbahnen oder die Absenkung der Bordsteine an Straßenübergängen. Wir wollen das selbständige Wohnen im Alter ermöglichen, dazu gehören Wohnungen und entsprechende Dienstleistungen. Für Menschen, die den ÖPNV nicht nutzen können, wird der Sonderfahrdienst erhalten.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen realisieren

Die SPD will gerade auch Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität in die Gestaltung der sozialen Stadt Berlin einzubringen. Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention mit ihren Leitbildern Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung.

Für die kommende Wahlperiode setzen wir deshalb auch auf weitere rechtliche Anpassungen von Gesetzen an die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir werden die Rechte der Behindertenbeauftragten und der Beiräte in den Bezirken stärken.

Wir werden auch Maßnahmen ergreifen, die Wohn-, Betreuungs- und Arbeitssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dazu gehören die Erhöhung des Anteils behindertengerechter und -freundlicher Wohnungen, die Sicherung des Berliner Systems ambulanter betreuter Wohnformen, der Erhalt der Werkstätten für Menschen mit Behinderung und angemessene Betreuung in den Jobcentern.

Soziale Stadt

Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und seine Wiederherstellung, wo er verloren gegangen ist, werden auch in den nächsten Jahren eine der herausragenden Zielstellungen für die SPD bleiben. Der Senat hat mit dem Quartiersmanagement und den darauf aufbauenden „Aktionsräumen Plus“ Instrumente der Intervention entwickelt, die durch Beteiligung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und die Bündelung staatlicher Angebote die Nachbarschaften, die Quartiere und Stadtteile stabilisieren. Die Menschen bringen sich wieder ein in ihrem Kiez, sie haben teil im wahrsten Sinne des Wortes, sie reden und arbeiten miteinander. Inzwischen werden in diesen Gebieten zig tausende Stunden ehrenamtlicher Arbeit pro Jahr geleistet und damit Brücken geschaffen zwischen den Menschen, aber auch zu Qualifikation, Integration und Arbeitsmarkt.

Diese Arbeit, die inzwischen von vielen anderen Städten als vorbildlich übernommen worden ist, wie z. B. die Stadtteilmütterprojekte, werden wir fortsetzen, auch wenn wir von der schwarzen Politik auf Bundesebene nicht mehr hinreichend unterstützt werden, denn es gibt dazu keine Alternative, wenn wir den sozialen Zusammenhalt auch in Zukunft sichern wollen.

Gute Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung

Soziale Infrastruktur

Wir arbeiten dafür, dass in allen Teilen der Stadt eine gleichwertige Infrastruktur vorhanden ist. Dazu gehören: Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, kulturelle und Familienangebote wie auch Einrichtungen des Gesundheitswesens und für die Versorgung älterer Menschen. Diese Angebote müssen in der ganzen Stadt zur Verfügung stehen und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben sicherstellen.

Öffentliches Eigentum ist kein Selbstzweck. Es dient dazu, bezahlbare Zugänge für alle zur Daseinsvorsorge wie Mobilität, Bildung, Wohnen oder Wasser, Abwasser und Entsorgung sicherzustellen und die Stadtentwicklung Berlins positiv zu begleiten. In diesem Sinne bekennt sich die Sozialdemokratie zum öffentlichen Eigentum an den Unternehmen der Daseinsvorsorge. Wir werden dafür sorgen, dass unsere öffentlichen Betriebe gute Leistungen erbringen, betriebswirtschaftlich erfolgreich arbeiten und gute Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellen. So sind öffentliche Unternehmen ein Mehrwert für die ganze Stadt. Wir werden die öffentliche Daseinsvorsorge wieder vermehrt in öffentliche Hände legen. Das Gemeinwohl muss jederzeit über privatem Gewinnstreben stehen!

Wichtige Schritte dabei sind der Rückkauf der privatisierten Anteile der Berliner Wasserbetriebe, der Ausbau der kommunalen Wohnungsbestände, die Rekommunalisierung der Gas- und Stromnetze sowie die Stärkung des kommunalen Einflusses auf den S-Bahn-Verkehr.

Die Gründung landeseigener Stadtwerke wird hierbei eine zentrale Rolle spielen.

Wohnungs- und Mietpolitik

Die SPD steht für eine soziale Wohnungspolitik: Übergeordnetes Ziel ist es, bezahlbare Mieten für alle Menschen in unserer Stadt zu sichern. Dieses soll auch durch die Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes Wohnen befördert werden.

Berlin ist eine soziale Stadt: Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einstellungen und Einkommen leben gerne in ihrem Kiez zusammen. Wir wollen nicht, dass die Menschen durch steigende Mieten gezwungen sind, umzuziehen.

Quartiersmanagement und „Aktionsräume Plus“

Eine gleichwertige Infrastruktur in allen Teilen der Stadt

Öffentliches Eigentum an den Unternehmen der Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen

Bezahlbare Mieten für Berlinerinnen und Berliner

Dazu machen wir eine nachhaltige Wohnungs- und Mietenpolitik: Ökologische Modernisierung, aber auch soziale Integration und Partizipation gehören dazu.

Wir wollen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen überall in Berlin wohnen, leben und arbeiten können.

**„Berliner Mischung“
in den Quartieren erhalten**

Die SPD will Wohnqualität steigern und Mietsteigerungen dämpfen. Maßnahmen wie die energetische Sanierung des Gebäudebestands dienen der radikalen CO₂-Reduktion. Die SPD wird darauf achten, dass ein Klimaschutzgesetz nicht zu unverträglichen Mietsteigerungen führt! Die SPD setzt sich für Alternativen ein: ein Programm der Investitionsbank, das Anreize schafft, in die energetische Sanierung zu investieren, ohne die Kosten eins zu eins auf die Mietparteien zu übertragen. Unser Ziel ist es, die „Berliner Mischung“ in den Quartieren zu erhalten. Wir treten Tendenzen der Verdrängung und steigender Mieten in einigen Wohngebieten präventiv entgegen.

Die SPD Berlin fordert deshalb mehr Mitbestimmung und Teilhabe für Mieterinnen und Mieter. Wir wollen die frühzeitige Einbeziehung von Mieterinnen und Mietern in die Modernisierungsplanung. Die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter wirkt sich positiv auf das Nachbarschaftsverhältnis und die Stabilität von Quartieren aus. Die Mieterinnen und Mieter sind enger an ihre Wohnungsbaugesellschaft gebunden. Die Verdrängung der angestammten Mieterschaft bei Modernisierung bleibt aus. Die Geschäftspolitik der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften muss in sozialer und ökologischer Hinsicht Vorbildcharakter haben. Bei Sanierung und Modernisierung müssen sie über entsprechende Maßnahmen frühzeitig und transparent unterrichten, auf Bedürfnisse und Vorschläge der Mieterinnen und Mieter eingehen, eine Mieterberatung gewährleisten, Lösungen für Härtefälle anbieten und soziale Verdrängung vermeiden.

**Gemeinwohlauftrag
der städtischen
Wohnungsunternehmen**

Die SPD bekennt sich zum Gemeinwohlauftrag der städtischen Wohnungsunternehmen und lehnt eine Privatisierung ihres Wohnungsbestandes ab. Vielmehr streben wir einen Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestandes an. Wir unterstreichen die Bedeutung und sozialen Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen. Die Wohnungsbaugesellschaften sind auch Vorbilder in puncto soziale Stadtentwicklung und halten die Mieten auf niedrigem Niveau.

**Mehr Wohnungen
in öffentlichem Besitz**

Die SPD will den Wohnungsbestand im öffentlichen Besitz auf 300.000 Wohnungen erhöhen. Sei es durch Ankauf von Beständen oder Neubau. Wir wollen, dass am Rande des Tempelhofer Feldes bevorzugt Genossenschaften und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bauen können. An der Oderstraße soll ein attraktives Quartier für generationsübergreifende Wohnformen und für Familien entstehen, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch aus unteren und mittleren Einkommenschichten eine neue Berliner Heimat finden.

Unser Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau dient der Mietbegrenzung. Wir wollen die Zweckentfremdungsverbotsverordnung wieder einführen und städtebauliche Instrumente wie die Milieuschutzsatzung und die Umstrukturierungssatzung auf bezirklicher Ebene verstärkt anwenden. Überdies wollen wir die Angebote zur Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung ausbauen. Wir prüfen, Anteile der Leerstandswohnungen durch Anreize wieder an den Markt zu bringen und damit das Angebot an preiswerten Wohnungen zu erhöhen.

Neue Wohnformen

Genossenschaften, Baugruppen und andere Wohnformen sind wichtig für eine nachhaltige Stadtgesellschaft. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung werden vor Ort „gelebt“. Wir unterstützen Genossenschaften und wollen die Gründung neuer Genossenschaften befördern. Wir wollen das gemeinschaftliche Wohnen für junge Familien gerade auch in einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten fördern.

Neue gemeinschaftliche Wohnformen sind auch für ältere Bevölkerungsschichten attraktiv. Die SPD will die Möglichkeit zum selbstbestimmten Wohnen im Alter geben.

Soziale Liegenschaftspolitik

Unsere Liegenschaftspolitik wird eine funktional gemischte Stadt erhalten. Dazu stellen wir spezielle Angebote für Familien bereit und setzen auf die Stärkung von Genossenschaften. Öffentlicher Grund und Boden soll in Wohngebieten für den sozialen Zusammenhalt eingesetzt werden, z. B. durch bevorzugte Vergabe an Genossenschaften und Baugruppen. Flächen sollen als Vorhalteflächen für künftige Nutzungen der Daseinsvorsorge ausgewiesen werden. In Gewerbe- und Industriegebieten sollen im Sinne einer Bodenvorratspolitik Flächen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum bereitgestellt werden.

Kleingärten: ökologische und soziale Lebensräume in der Metropole

Die SPD bekennt sich zum Berliner Kleingartenwesen. Kleingärten bieten gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zu sinnstiftender Freizeitbeschäftigung und Erholung im Freien. Zugleich sind sie grüner Lebensraum in der Stadt und haben eine wichtige Funktion für das Stadtklima und die Naherholung. Sie sind Orte des sozialen Zusammenhalts und der Geselligkeit. Wir werden in unserer wachsenden Stadt auch weiterhin in ausreichendem Maß Flächen für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bereit halten und diese planungsrechtlich sichern.

Gleichzeitig verändern sich die Ansprüche der Berlinerinnen und Berliner an „ihre Scholle“: Anforderungen nach naturnahen, ökologischen Gestaltungsprinzipien und sozialen Gemeinschaftsflächen treten in Konkurrenz zu Intensivrasenflächen mit großer Gartenlaube. Gemeinsam mit interessierten Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern wollen wir daher Projekte zum naturnahen und ökologischen Umbau von Kleingärten unterstützen. Diese wollen wir gleichzeitig als Erholungsflächen für alle Menschen aus dem Kiez öffnen.

Konkret wollen wir im Zusammenhang mit neuen Projekten der Wohnbebauung sozial-ökologisch orientierte Kleingärten und Mietergärten entwickeln, die neue Freiräume für Freizeit und Erholung bieten. Wir begreifen Kleingärten als Orte der Integration und des sozialen Ausgleichs. Daher unterstützen wir Kleingartenanlagen und interkulturelle Gärten, die es sich in besonderer Weise zum Ziel gesetzt haben, Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund einzubinden. Diese Kleingartenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Stadt.

Genossenschaften, Baugruppen und andere Wohnformen

Förderung von Genossenschaften und Baugruppen

Kleingärten: grüner Lebensraum in der Stadt

Ökologie, Erholung und sozialer Zusammenhalt

5. Wählen gehen!

Am 18. September werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt und damit wird die politische Grundlage für die weitere Entwicklung unserer Stadt in den kommenden fünf Jahren gelegt.

Freie Wahlen sind ein hohes Gut unserer demokratischen Gesellschaft. Ein Teil unserer Stadt war bis 1989 davon ausgeschlossen. Wir bitten alle Berlinerinnen und Berliner herzlich, zur Wahl zu gehen. Nutzen Sie die Möglichkeit, über die Zukunft Berlins mitzuzentscheiden!

Wir rufen zudem auf: Setzen Sie auch ein Zeichen gegen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Fremdenhass, Rassismus und Sozialdarwinismus haben in Berlin keinen Platz. Auch neue Organisationen scheinbar weichgespülter Rechtsextremer dürfen in Berlin nicht Fuß fassen. Gehen Sie wählen. Eine hohe Wahlbeteiligung sowie die Beteiligung an friedlichen Protestaktionen sind ein wirksamer Schutz gegen Rechtsextremisten.

Bei diesen Wahlen geht es um sehr viel. Berlin steht heute vor der großen Herausforderung, den richtigen Weg einzuschlagen, um alle Berlinerinnen und Berliner am Aufstieg unserer Stadt teilhaben zu lassen. Die SPD tritt an für ein Berlin des neuen Miteinanders: Arbeit für alle und Zusammenhalt sichern, dies sind die beiden großen Schwerpunkte unserer Politik, die wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern umsetzen wollen.

Abitur	18, 29, 30, 32, 34
Abkommen für die Jugend	44
Adlershof	9, 18, 20
Adoption	37
Agentur für elektrische Mobilität (eMo)	24
Aktionsprogramm Gesundheit	45
Aktionsräume Plus	12, 34, 49
Alleinerziehende	32, 36
Alphabetisierung	38
Altersarmut	22, 48
Anerkennung ausländischer Abschlüsse	38
Anonymisiertes Bewerbungsverfahren	38
Ansiedlung	8, 19, 30
Arbeit	6, 8, 17, 32, 33
Arbeitnehmerrechte	6, 17, 31, 39
Arbeitsagentur	33
Arbeitsbedingungen	17, 18, 21, 29, 33, 46
Arbeitslosigkeit	5, 8, 33, 38
Arbeitsmarkt	6, 8, 11, 12, 17, 30, 33, 38, 49
Arbeitsplätze	5, 6, 8, 9, 11, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 26, 31, 33, 49, 52
Atomausstieg	25
Atomenergie	25
Ausbildung	11, 17, 18, 19, 21, 22, 30, 31, 32, 35, 44, 49
Ausländerbehörde	28
Außenhandel	30
Autobahn A 100	20
Bachelor- und Masterstudium	30
Bäder	16, 43
Bankenskandal	8, 15
Barrierefreiheit	24, 28, 48
Bauhaus-Archiv	43
Bedarfsprüfung	36
Behinderung	12, 22, 32, 35, 43, 45, 48, 50
Berlin Partner	19
Berlinale	8
Berlin-Brandenburg	26, 27
Berlin-Brandenburg International (BBI)	20
Berliner Energie-Agentur	23
Berliner Mischung	50
Berliner Schulfrieden	34
Berliner Stadtreinigung (BSR)	25
Berliner Stadtwerke	25, 49
Berliner Wasserbetriebe	49
Berufsschule	31, 32
Beschäftigung	17, 31, 33, 38
Beteiligung	5, 11, 12, 13, 38, 41, 48, 49, 50, 52
Bezirke	5, 6, 10, 17, 24, 28, 33, 37, 38, 41, 46, 47, 48
Bibliotheken	41
Bibliotheksgesetz	41
Bildung	6, 9, 10, 11, 12, 14, 16, 29, 30, 31, 32, 34, 35, 36, 37, 39, 49
Bildungsreformen	10
Bildungsverbände	11
Biomedizin	20
Biotechnologie	20
Bisexuelle	40
Bleiberechtsregelung bei Minderjährigen	39
Breitband	20
Buch	18, 21

Bürgeramt	28
Bürgeramt Familie	37
Bürgerbegehren	41
Bürgerschaftliches Engagement	41, 42, 43, 47
Bürgersozialversicherung	48
Bürgerversicherung	45
BVG	14, 23
Carsharing	24
Chancengleichheit	6, 12, 34
Charité	21, 22
Chöre	42
Chronisch kranke Menschen	46
City Tax	22
CO ₂ -Reduktion	9, 15, 23, 24, 47, 50
Co-Working-Arbeitsplätze	26
Daseinsvorsorge	25, 49, 51
Datenschutz	28, 29
Demografischer Wandel	27, 48
Dienstleistungen	6, 9, 17, 18, 22, 23, 33, 48
Duale Ausbildung	19, 32
Ehe für Paare gleichen Geschlechts	40
Ehrenamtliches Engagement	21, 22, 37, 43, 49
Ehrenamtscard	37, 43
Elektromobilität	24
Eltern	10, 35, 37, 39
Energetische Sanierung	19, 23, 34, 50
Energie	9, 20, 23, 25
Energieeffizienz	24, 25
Energiewirtschaft	25
Entwicklungspolitik auf Landesebene	42
Erinnerungskultur	42
Erzieherinnen und Erzieher	10, 36
Ethikunterricht	39
Europa	10, 16, 19, 27, 31, 33, 39
Existenzgründungen	38
Extremismusklausel	40
Fachkräfte	18, 21, 22, 31, 32
Fahrpreise	14
Fahrradverkehr	14, 20, 24
Familie	5, 6, 8, 10, 11, 17, 27, 31, 32, 34, 36, 39, 49, 50, 51
Familien-Informationsportal	36
Familienzentren	36
Fernsehen	26
Feuerwehr	11, 44
Film	26
Flüchtlinge	11, 39
Flughafen Tegel	18, 24
Forschung	8, 9, 11, 12, 18, 21, 24, 29, 30, 48
Frauen	12, 17, 22, 31, 35, 40
Frauenhäuser	40
Frauenquote	31
Freie Szene	42
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	37, 44
Frühkindliche Bildung	36
Games-Branche	26
Ganztagsschule	10, 34, 35, 37
Gaststätten	46
Gebührenfreiheit	29

Gedenkstätten	42
Geisteswissenschaft	18
Gemeinschaftsschule	10, 34
Gender Budgeting	12
Generationsübergreifende Wohnformen	50
Genossenschaften	51
Gerechtigkeit	5
Geriatric	22, 46, 48
Geschlecht	5
Gesundheit	8, 9, 13, 18, 20, 21, 22, 32, 39, 45, 46, 49
Gewerbe	9, 19, 51
Gewerkschaften	9, 17, 24, 27, 31
Glasfasernetz	20
Gleichheit	5
Gleichstellung	6, 12, 17, 31, 34, 37, 40
Grundschule	35, 43
Gründung	19
Gymnasium	34, 35
Handel	9, 19
Handwerk	9, 19, 23, 32
Hauptstadt	6, 15, 16, 17, 19, 23, 26, 29
Haushalt	12, 15, 16
Herkunft	5, 12, 38, 49
Hochschule	9, 11, 16, 18, 24, 29, 30, 32, 48
Homophobie	40
Hort	35
Humboldt-Forum	43
Hundenauslaufgebiete	47
ICC	19
Industrie	6, 9, 17, 18, 23, 24, 51
Informations- u. Kommunikationstechnologie	20, 23
Infrastruktur	6, 16, 19, 22, 24, 25, 26, 28, 49
Inklusion	35, 48
Innere Sicherheit	44
Integration	6, 8, 11, 12, 14, 32, 33, 34, 37, 38, 42, 43, 49, 50, 51
Intensivtäter	10, 14, 44
Interkulturelle Kompetenz	27, 39
Internet	20, 29, 36
Intersexuelle	40
Investitionsbank Berlin (IBB)	19, 50
Investoren	19
Jobcenter	33, 48
Jugend	10, 12, 34, 35, 36, 37, 38, 41, 43, 44
Jugendamt	10, 34
Jugendkriminalität	44
Jugendverbände	10, 37
Justiz	12, 44, 45
Kammern	9, 19, 32
Kiez	5, 12, 13, 33, 34, 49, 51
Kinder	9, 10, 11, 29, 34, 35, 36, 37, 39, 41, 43, 45
Kinder- und Jugendschutz	10, 37
Kinderarmut	37
Kino	26
Kirche	39
Kita	9, 10, 14, 16, 34, 36, 37, 46
Kleingärten	51
Klimaschutz	6, 9, 15, 23, 24, 25, 50
Kliniken	9, 21, 46

Kommunales Wahlrecht	38
Kompetenzfeldstrategie	18, 20
Krankenkassen	9, 45, 46
Kreativwirtschaft	8, 9, 26
Kriminalität	14, 15, 44
Kultur	5, 7, 8, 26, 34, 41
Kulturelle Bildung	14, 35, 38, 41
Kunst	14
Künstlerinnen und Künstler	10, 26, 42
Künstlersozialversicherung	26
Landesbank	15
Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung	12
Lebenslanges Lernen	32, 37
Lehramt	30
Lehrerbildung	35
Lehrerinnen und Lehrer	35, 39
Lesben	12, 40
Liegenschaftspolitik	25, 51
Literaturhäuser	42
Lohn	5, 13, 17, 21, 22, 31, 33
Lottomittel	43
Masterplan Gesundheit	9
Medical City	21
Medien	20, 26
Medienbildung	29
Medienkompetenz	35, 41
Medizintechnik	20
Mehrgenerationenhäuser	40, 48
Menschen ohne Papiere	39
Menschenhandel	33
Messen	8, 19, 22
Metropole	5, 8, 15, 40, 45, 47, 51
Miete	13, 49, 50
Migration	11, 19, 21, 32, 34, 38, 39, 42, 51
Mikrosystemtechnik	20
Milieuschutzsatzung	50
Mindestlohn	6, 31, 33
Mitbestimmung	17, 29, 31, 48, 50
Mittelstand	9, 19
Mobilität	13, 15, 20, 23, 24, 48, 49
Modernisierung	10, 27, 28, 45, 50
Museen	42
Musikclubs	26
Musikschulen	34, 38, 41
Naturschutz	47
Netzneutralität	28
Netzpolitik	28
Neue Medien	28, 29
Neuköllner Modell	14, 44
NPD-Verbot	15, 45
Oberflächenversiegelung	47
Oberstufenzentren	35
Oder-Partnerschaft	30
Öffentliche Beschäftigung	33
Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften	13, 50
Öffentlicher Dienst	11, 27, 28, 32
Online-Durchsuchungen	29
Open Data	29

Open Government	28
Opern	42
ÖPNV	6, 15, 23, 24, 48
Optische Technologien	20
Orchester	42
Partizipation	5, 11, 12, 13, 38, 41, 48, 49, 50, 52
Patientenschutz	13, 46
Pflege	18, 21, 22, 32, 36, 37, 48
Pflegeeltern	37
Pharma- und Biotech-Unternehmen	21
Politische Bildung	38
Polizei	10, 11, 14, 15, 40, 44
Praktikum	31, 35
Prävention	10, 13, 44, 45, 46
Psychiatrie	45
Quartiersmanagement	7, 12, 41, 49
Rassismus	11, 15, 40, 45, 52
Rechtsextremismus	15
Regenerative Energien	6, 23, 25
Rekommunalisierung	49
Religion	5, 12, 15, 39
Religionsunterricht	39
Rentnerinnen und Rentner	22, 40, 46, 48, 49, 51
Residenzpflicht	39
Ressourceneffizienz	23
Rundfunk	26, 27
Sanierung	10, 16
S-Bahn	14, 49
Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm	34, 43
Schulabbruch	11, 32
Schuldenabbau	15
Schule	9, 10, 14, 16, 19, 29, 32, 34, 35, 37, 39, 41, 44, 47
Schulpsychologie	35
Schulsozialarbeit	35
Schwarzarbeit	31
Schwule	12, 40
Sekundarschule	10, 34, 35, 43
Selbsthilfe	45, 51
Seniorenmitwirkungsgesetz	48
Seniorenvertretungen	48
Seniorinnen und Senioren	22, 32, 39, 40, 46, 48, 49, 51
Sexuelle Identität	12, 40
Sicherheit im ÖPNV	44
Singles	6, 8
Smart Grid	23
Smiley-System	46
Solidarität	5
Soziale Spaltung	5
Soziale Stadt	11, 12, 16, 49
Sozialer Aufstieg	6, 10, 29, 31, 38
Sozialer Zusammenhalt	6, 7, 8, 12, 14, 34, 43, 49, 51, 52
Sozialpädagogik	35
Sozialticket	14, 24
Sozialversicherung	33
Spielhallen	13
Spitzensport	43
Sport	10, 16, 34, 35, 37, 43, 45
Sprachförderung	10, 11, 35, 36, 39

Stadt des Wissens	41
Stadtentwicklung	12, 13, 22, 23, 34, 49, 50
Stadtentwicklungsplan Verkehr	13
Stadtentwicklungsplan Wohnen	49
Stadtteilmütter	11, 49
Standortmarketing	19, 30
Steuerungskreis Industriepolitik	9, 17, 24
Strafvollzug	45
Straßenbäume	47
Studentenwerk	30
Studiengebühren	11
Studienplätze	11, 18, 29
Suchtprävention	10, 13
Tangentiaalverbindung Ost (TVO)	23
Tanzszene	42
Tarif	31, 33, 39
Technologiestiftung Berlin (TSB)	19
Teilhabe	6, 14, 28, 29, 33, 34, 37, 38, 41, 49, 50
Teilzeitstudierende	30
Tempelhofer Feld	24, 50
Theater	42
Tierschutz	47
Tierversuche	47
Tourismus	8, 9, 19, 22
Tram	14, 20, 23, 24
Transidente Menschen	40
U-Bahn	14, 23
Umwelt	6, 8, 15, 19, 20, 23, 47
Umweltbildung	47
Unternehmen	6, 8, 9, 10, 12, 15, 17, 18, 20, 21, 23, 25, 26, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 49
Unternehmensservice	17, 19
Unternehmensverbände	9
Verbraucherschutz	46, 47
Verbraucherzentrale	47
Vereinsinvestitionsprogramm	43
Vergabegesetz	31
Verkehr	6, 13, 15, 19, 20, 23
Vermögenssteuer	16
Verwaltung	9, 15, 17, 19, 20, 23, 27
Vielfalt	14, 38, 39, 40, 42, 47
VisitBerlin	19, 22
Volksbegehren	41
Volkshochschule	38, 39
Weiterbildung	22, 27, 31, 32, 37, 38
Wertausgleich	28
Wirtschaft	5, 6, 8, 9, 13, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 30, 31, 32, 36, 51
Wissenschaft	5, 8, 9, 11, 16, 18, 19, 23, 24, 29
W-LAN	29
Wohlfahrtsverbände	6, 45
Wohnungspolitik	13, 49, 50, 51
Zeitarbeit	28, 31
Zeitgenössische Kunst	42
Zukunftsorte	18, 20
Zwangsheirat	40
Zweckentfremdungsverbotsverordnung	50

Wählen gehen

Am 18. September 2011 wird in Berlin gewählt. Es geht um viel.

Es geht um Berlins Zukunft.

Wir sind die Berlin-Partei. Wir treten an für ein Berlin des neuen Miteinanders – gute Arbeit für alle, wachsende Wirtschaft, gute Bildung, Zusammenhalt und Integration. Damit alle Berlinerinnen und Berliner am Aufstieg unserer Stadt teilhaben.

Wir bitten alle Berlinerinnen und Berliner herzlich, zur Wahl zu gehen:

Sie bestimmen die Zukunft Berlins!

Herausgeber

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Landesverband Berlin

Kurt-Schumacher-Haus

Müllerstraße 163

13353 Berlin

www.spd-berlin.de

